

Bernd W. Kubbig

# Wolfowitz' Welt verstehen

Entwicklung und Profil eines  
„demokratischen Realisten“

HSFK-Report 7/2004



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

Für diese Studie wurden Titel der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Spezi­alsammlung „Außenpolitik der USA“ genutzt.  
Die behandelte Raketenabwehr-Thematik verweist auf das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderte Projekt „Raketenabwehrforschung International“ (<http://www.hsfk.de/abm>).

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

**Adresse des Autors:**

HSFK • Leimenrode 29 • 60322 Frankfurt  
Telefon: +49(0)69/959104-0 • Fax: +49(0)69/558481  
Email: [kubbig@hsfk.de](mailto:kubbig@hsfk.de)  
Internet: <http://www.hsfk.de>

**ISBN: 3-937829-03-2**

**Euro 6,-**

## Zusammenfassung

Paul Wolfowitz ist als wichtiger Mitgestalter der US-Außen- und Sicherheitspolitik ein auch in Deutschland gleichsam bekannter wie höchst umstrittener Akteur geworden. Das gilt vor allem im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, der die ohnehin bestehenden transatlantischen Turbulenzen verstärkt hat. In der politisch nicht einheitlichen Bush-Administration vertritt der Stellvertretende Verteidigungsminister eine Gruppierung, die in der Regel als neokonservativ bezeichnet wird. Zu ihrem Profil gehört ein ausgeprägt Amerika-zentriertes Selbstbild, die Präferenz für den (frühzeitigen) Einsatz militärischer Gewalt zur Lösung im Kern politischer Probleme und die letztendlich unilaterale Durchsetzung der Außen- und Weltordnungspolitik ohne Rücksicht auf internationale Organisationen, Normen und Verträge.

Der Vizechef des Pentagon nimmt damit auf amerikanischer Seite eine extreme Position im Hinblick auf alle Dimensionen ein, die den transatlantischen Konflikt ausmachen. Es sind dies unterschiedliche Auffassungen über das Selbstverständnis des Westens als einer Gemeinschaft demokratischer Staaten, über die bevorzugten politischen und/oder militärischen Mittel sowie über außen- und weltordnungspolitische Zielvorstellungen. Wolfowitz ist zudem eine intellektuelle Herausforderung. Denn er hat vor allem in der Menschenrechts- und Demokratisierungsfrage die traditionelle Einordnung von Liberalen und Konservativen durcheinander gebracht.

Paul Wolfowitz und sein außenpolitisches Weltbild sind der Gegenstand dieser Studie. Sie untersucht, wie dieses Weltbild zustande gekommen ist, aus welchen ideellen Quellen es sich speist, wie stabil es ist und welche Wirkung von ihm vor allem dort ausgeht, wo es sich in Form von Ideen – verstanden als Expertise, Vorschläge und Konzepte – auf konkrete politische Entscheidungen bezieht. Wolfowitz versteht sich nicht als Neokonservativer, sondern als „demokratischer Realist“ (oder als „pragmatischer Idealist“), bei dem die US-Traditionsstränge des Idealismus und Realismus zusammenkommen. Ich verwende alle drei „Etiketten“, um ihn und sein Weltbild zu charakterisieren – also den für ihn bedeutsamen, bevorzugt unilateral durchgeführten Export der demokratischen Werte, sein Amerika-Zentrismus und seine Sicht der „unipolaren“ Konstellation in den internationalen Beziehungen (Kapitel 1).

Das epochale Ereignis des japanischen Angriffs am 7. Dezember 1941 auf den US-Militärstützpunkt Pearl Harbor im Pazifik war auch für Wolfowitz' Weltbild prägend. Die Reaktion Washingtons leitete eine fundamentale Wende in der amerikanischen Weltpolitik ein – weg vom Isolationismus und hin zu einem globalpolitischen Engagement. Dass diese Kehrtwende Wolfowitz' außenpolitische Grundhaltung zeitlebens bestimmt hat, ist wohl vor allem auf seinen wichtigsten intellektuellen Mentor zurückzuführen: den weltweit renommierten Nuklearstrategen Albert Wohlstetter. Dieses „Pearl Harbor-Syndrom“ als Teil des außenpolitischen Weltbildes besteht aus folgenden Elementen: Der Feind ist zu allem entschlossen, er täuscht durch irritierende Signale, er greift mit seinen Überraschungstaktiken meistens so an, wie man es am wenigsten erwartet, und er handelt nach einer eigenen Rationalität.

Angesichts dieser fundamentalen Ungewissheit ist es geboten, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen – etwa, indem man die Waffen (oder gar die eigene Bevölkerung) vorbeugend schützt. Dieses „Pearl Harbor-Syndrom“ bestimmte das erste Leitmotiv (Kapitel 2): die überzeichnete Bedrohung, das Denken in Gut und Böse und die überragende Bedeutung des Militärischen (Beispiel: Raketenabwehr).

Auch im Hinblick auf das zweite Leitmotiv – Präventionskonzepte (Kapitel 3) – ist Wolfowitz bis heute stark von Albert Wohlstetter geprägt. Dessen Einfluss zeigt sich zunächst in der von Wolfowitz im Frühjahr 1972 eingereichten Dissertation „Nukleare Weiterverbreitung im Mittleren Osten: Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte von Vorschlägen zur nuklearen Entsalzung“. In ihr geht es im Kern um eine vorbeugende Strategie der USA gegenüber einem sich nuklearisierenden Nahen und Mittleren Osten, der die Gefahr eines Atomkrieges drastisch erhöhen würde. Wolfowitz' entscheidende abschließende Forderung an Washington lautet im Sinne einer exportpolitischen Präventionsmaßnahme, in die gesamte Region keine vermeintlich zivilen Kernkraftwerke zur Entsalzung des Mittelmeeres zu liefern. Eine erkennbare Wirkung auf die Haltung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, in die er gegen Ende 1973 eintrat, haben Wolfowitz' radikale Auffassungen nicht gehabt.

Das Gegenteil lässt sich von der Planungsrichtlinie („Defense Planning Guidance“) vom 18. Februar 1992 sagen, in der Wolfowitz und seine Mitarbeiter ihr weltordnungspolitisches Modell für die „unipolare“ internationale Konstellation nach dem Zusammenbruch der UdSSR entwarfen. Die Präventionsstrategie, die Wolfowitz (nunmehr zum Undersecretary of Defense for Policy im von Dick Cheney geleiteten Pentagon avanciert) jetzt in seinem Memorandum präsentierte, war global ausgerichtet. Um die einmalige Machtposition der USA nachhaltig abzusichern, müsse es fortan das vorrangige Ziel amerikanischer Außenpolitik sein, den Aufstieg neuer Rivalen – feindlicher Mächte wie verbündeter Demokratien – zu verhindern. Im Mittleren Osten müsse der Zugang zum Öl am Golf gesichert bleiben.

Weitaus deutlicher als in der Dissertation trat nun der Amerika-Zentrismus als Angelpunkt von Wolfowitz' Weltbild zutage. Damals wurde das Strategiepapier durch eine Fassung entschärft, die angesichts der weltweiten Proteste die multilaterale Zusammenarbeit betonte. Die Wirkung des ursprünglichen Papiers war nicht nur in der zunehmend interventionistisch werdenden US-Außenpolitik der Clinton-Regierung abzulesen. Auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) der Bush-Administration vom 17. September 2002 finden sich Kernelemente aus dem Wolfowitz-Memorandum von 1992 wieder.

Das dritte Leitmotiv – Wolfowitz' Interesse an der Demokratisierung anderer Länder oder gar Regionen (Kapitel 4) – erweitert in den Achtzigerjahren sein außenpolitisches Weltbild. Dieses Interesse dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Wolfowitz Sohn eines polnischen Juden ist, der rechtzeitig in die USA emigrierte. Das „Weimar-Syndrom“ – das Aufkommen des Totalitarismus im Kontext einer schwachen Demokratie und einer westlichen Beschwichtigungspolitik – ist deshalb bis heute eine ideelle Quelle im Denken von Wolfowitz. Auf diese Weise ist auch das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte beim politischen Akteur Wolfowitz in Washington präsent, wenn es um die energische Be-

kämpfung des Terrorismus und den Schutz von Minderheiten geht. Vor allem seine mehr als dreijährige Tätigkeit als Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs prägten ihn, der Ronald Reagan zum Ursprung des programmatischen Engagements von Republikanern für demokratische Transformationen machte, in dieser Hinsicht nachhaltig. Damals war Wolfowitz Mitgestalter eines friedlich-reformerischen Regimewandels, der Ferdinand Marcos und seine Clique zum Abdanken zwang. Das Regime in Manila fiel in die Kategorie autoritärer, aber zur Reform fähiger Regime. Die Demokratisierung erschien unabdingbar und vorteilhaft für die USA. Das ideelle Ziel der Demokratisierung und der angestrebte evolutionäre Regimewandel waren dabei keine Werte für sich genommen, sondern fügten sich vorzüglich in das Geflecht übergeordneter US-Interessen ein.

Insgesamt gesehen ist das zentrale Kriterium des „demokratischen Realisten“ Wolfowitz das übergeordnete nationale Interesse der Vereinigten Staaten, wie es die Entscheidungsträger in den USA jeweils definieren. Zu seinem Weltbild gehört implizit aber auch die „nicht-demokratische“ Komponente: dass es im nationalen Interesse der USA notwendig sein kann, mit autoritären oder gar totalitären Staaten zu kooperieren.

Eine besondere Herausforderung für Wolfowitz' Weltbild stellte die Irakfrage im Schatten des 11. Septembers dar (Kapitel 5). Seit Mitte der Neunzigerjahre konzentrierte Wolfowitz seine Aktivitäten darauf, dem Despoten Saddam Hussein den Garaus zu machen. Das Aufkommen einer feindlichen Macht, noch dazu in jener für die „vitalen Interessen“ der USA und des Westens entscheidenden Region, war inakzeptabel. Die Forderung nach einem Regimewechsel begründeten 1998 prominente „Neokons“ – Wolfowitz eingeschlossen – in einem „Offenen Brief“ an Präsident Clinton ausschließlich interessen-, bündnis-, stabilitäts- und energiepolitisch. Weder von der Verletzung der Menschenrechte noch von der Schaffung einer Demokratie im Irak war die Rede.

Für Wolfowitz war der 11. September 2001 eine Überraschung. Mit substaatlichen terroristischen Akteuren rechnete er nicht. Geprägt durch Pearl Harbor, war er auf Überraschungen durch Staaten ausgerichtet. Die von den Terroristen am 11. September verübten Anschläge stellten eine Gefahr für Wolfowitz' jahrelanges Hauptanliegen dar, Saddam Hussein zu beseitigen – sie boten aber auch die Chance, den Irak in eine umfassende Anti-Terrorstrategie mit einzubauen, die die Wahrscheinlichkeit, den Regimewechsel in Bagdad herbeizuführen, beträchtlich erhöhte. Diese letztere, optimistische Option galt aber nur dann, wenn die Bekämpfung nicht auf die in „9/11“ verwickelten Terroristen und auf den Staat Afghanistan, in dem Osama bin Laden agierte, beschränkt blieb, sondern umfassend angelegt war. Der Vizechef des Pentagon setzte sich mit aller Macht für diese umfassende Strategie ein.

Nach dem 11. September tauchen jene Faktoren aus dem „Offenen Brief“ an Clinton in Wolfowitz' Rhetorik als Begründung für einen Regimewechsel nicht mehr auf (eine Ausnahme sind die Massenvernichtungsmittel, aber selbst deren Bedeutung verlagert sich). Die nunmehr offiziellen Kriegsgründe sind: Saddams Massenvernichtungsmittel, seine Unterstützung für den Terrorismus und sein krimineller Umgang mit dem irakischen Volk. Der Hauptgrund war für den stellvertretenden Pentagon-Chef jedoch die Verbindung zwischen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus. Im Zeichen des 11. September stellte sich zudem die Demokratiefrage völlig neu. Sie wird nun zur auch

geographisch umfassenden Demokratisierungsfrage – ein Regimewandel in Bagdad soll nicht in erster Linie die Menschenrechtsproblematik beseitigen, sondern soll als Teil einer groß angelegten Transformationsstrategie im „Greater Middle East“ den terroristischen Sumpf austrocknen. Dies ist der politische Kern der National Security Strategy, und das ist auch der Kern von Wolfowitz' neuer Argumentation.

Der Irakkrieg lässt sich nicht auf einen Weltordnungs- oder Demokratisierungskrieg reduzieren, er ist und bleibt – und aus meiner Sicht vielleicht sogar in erster Linie – ein Interessenkrieg im oben definierten Sinne für den gesicherten Zugriff auf das Öl, den Schutz eigener Truppen und des Staates Israel sowie für das übergreifende Ziel regionaler Stabilität. Zu diesen traditionellen US-Interessen oder Zielen in jener Region kommt zumindest für Wolfowitz (und wohl für die meisten Neokonservativen innerhalb der Bush-Administration) die Demokratisierung als neues Element hinzu. Insgesamt erweist sich Wolfowitz hier als „demokratischer Realist“ und weniger als „revolutionärer Visionär“. Das evolutionäre Moment wird in seiner eigenen Argumentation auf mehrfache Weise verstärkt: Er hat den Irak als „Sonderfall“ eingestuft; für andere – bezeichnenderweise befreundete – autoritäre Länder des Nahen Ostens wie Jordanien und Marokko sowie für das fundamentalistische Saudi-Arabien erachtet er den Weg von Reformen als viel versprechend; und für einen „Wechsel“ im Iran hält er eher politische als militärische Mittel für angemessen.

Zusammengefasst (Kapitel 6): Paul Wolfowitz ist als „demokratischer Realist“ auch abwägender Taktiker, kalkulierender Strategie und ein vom nationalen Interesse der USA geleiteter Politiker, der in großen, ja historischen Zeiträumen denkt, wenn er dies für opportun hält. Seine Amerika-Zentriertheit und die demokratiemissionarische Überdehnung der amerikanisch/westlichen Werte haben in der Irakpolitik Washingtons eine äußerst folgenschwere Blindheit erzeugt. Sie hat ihrerseits zu Fehleinschätzungen und damit zu Fehlplanungen geführt, und zwar angefangen bei der Vorstellung, als Befreier „bejubelt“ zu werden, bis hin zur Unfähigkeit, die drängenden Grundprobleme des „befreiten“ Landes zu bewältigen (z.B. Sicherheit im Alltag, Stromversorgung). Als „Demokratieexporteure“ haben die Amerikaner auf absehbare Zeit an Glaubwürdigkeit verloren.

Umso wichtiger wäre es für uns Europäer, ein eigenes Profil zu zeigen, und zusammen mit den sich stärker artikulierenden „realistischen Konservativen“ in der Bush-Administration um Außenminister Powell auf eine Modernisierungsstrategie der kleinen Schritte zu drängen. Eine stabilitätsorientierte „business-as-usual“-Politik gegenüber den autoritären Regimen sollte der Vergangenheit angehören. Darin ist Paul Wolfowitz zuzustimmen.

Alle diese Probleme lassen sich – und auch dies zwingt zur transatlantischen Zusammenarbeit gerade zwischen den USA und Deutschland – nur gemeinsam mit allen Akteuren des gesamten politischen Spektrums in beiden Ländern lösen, einschließlich der Neokonservativen. Trotz der aufgezeigten Divergenzen ist Kooperation möglich. Dazu bedarf es eines kommunikativen Prozesses der Selbstvergewisserung und Selbstverständigung. Im Kleinen wie im Großen sind Vorhaben unerlässlich, die im Sinne einer kooperativen Spurensuche die Bedeutung der Gemeinsamkeiten ausloten.

Mit Bezug auf eine Anregung des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, schließt der Report mit dem Vorschlag zur Einrichtung einer transatlantischen Studiengruppe. Sie soll sich von anderen Aktivitäten dadurch unterscheiden, dass sie sich mit dem gemeinsamen Erbe von Ideen befasst, die es für die Koordination der Außenpolitiken fruchtbaren zu machen gilt. Als Fokus bietet sich die Aufklärung an. Die Gruppe sollte für wichtige Politikfelder konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Vor diesem Hintergrund versteht sich dieser Report als ein erster Baustein.





## Inhalt

<b>1. Einführung in Wolfowitz' Weltbild: Ein neokonservativer Repräsentant Amerikas in seinem Jahrhundert</b>	1
<b>2. Entstehung und Entwicklung von Wolfowitz' Weltbild (I): Überzeichnete Bedrohungen und dichotomisches Denken als erstes Leitmotiv</b>	8
<b>3. Entstehung und Entwicklung von Wolfowitz' Weltbild (II): Präventionsstrategien als zweites Leitmotiv</b>	14
3.1 Politische Vorbeugung als Anti-Proliferationsmaßnahme beim jungen Wolfowitz im Zeichen des Ost-West-Konflikts	14
3.2 Umfassende Prävention zur Verhinderung des Aufstiegs rivalisierender Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	17
<b>4. Die Erweiterung von Wolfowitz' Weltbild: Menschenrechte – Demokratisierung – Intervention als drittes Leitmotiv</b>	21
<b>5. Herausforderung für Wolfowitz' Weltbild: Die Irakfrage im Schatten des 11. September</b>	26
5.1 Saddam Hussein in Wolfowitz' Visier – Zur Vorgeschichte des Irakkrieges	26
5.2 Der „Doppelcharakter“ des 11. September: Kulturbestimmend und instrumentalisierbar	29
5.3 Ähnliche Weltbilder – unterschiedliche ideelle Quellen: Wolfowitz als verdächtiger „Leo-Kon“	36
<b>6. Wolfowitz' Weltbild, die Welt im Irak und die transatlantische Dimension: Zusammenfassung und Perspektiven</b>	39
6.1 Facetten des außenpolitischen Weltbildes im Längsschnitt als Resümee	39
6.2 Wolfowitz und die Welt des Irak im Herbst 2004	40
6.3 Die Neokonservativen und ihre außenpolitischen Vorstellungen als Teil der transatlantischen Tagesordnung	43



„Nein, Amerika bedarf keiner Unterweisung in Dingen der Demokratie. Aber Eines ist Unterweisung – und ein Anderes Erinnerung. Besinnung, Revision, das Wiederbewußtmachen eines geistigen und moralischen Besitzes, den für allzu gesichert zu halten und auf sich beruhen zu lassen gefährlich wäre.“

Thomas Mann, „Vom kommenden Sieg der Demokratie“<sup>1</sup>

## 1. Einführung in Wolfowitz' Weltbild: Ein neokonservativer Repräsentant Amerikas in seinem Jahrhundert

Bei Paul Dundes Wolfowitz handelt es sich derzeit um einen Politiker der Superlative. Er ist der bisher bekannteste Stellvertretende Verteidigungsminister in der Geschichte der Vereinigten Staaten; er ist auch der umstrittenste, der am meisten polarisierende, der mit am intensivsten der Verschwörung verdächtigste, der wohl einflussreichste und mit Sicherheit der gefragteste – 2.600 Vortragsanfragen gab es allein im Monat Februar 2004.<sup>2</sup> Charakterisiert wird er oftmals durch inhaltliche Gegensatzpaare, etwa wenn vom visionären und revolutionären Neokonservativen,<sup>3</sup> vom demokratischen und liberalen Imperialisten oder vom „Sonnenschein-Krieger“ die Rede ist.<sup>4</sup> Vielfach wird Wolfowitz die nicht schmeichelhafte Ehre zuteil, mit abwertenden Wortbildungen wie „Superfalke“, der „Falke unter den Falken“, „Der am höchsten fliegende Falke des Pentagon“ ins Reich der Fabel verwiesen zu werden.<sup>5</sup> Aber selbst in Wortwendungen, die ihn als „Großer, böser

Bei diesem Text handelt es sich um eine erweiterte Version meiner Antrittsvorlesung zur Privatdozentur im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften für Hörerinnen und Hörer aller Fachbereiche der Johann Wolfgang Goethe-Universität am 30. Juni 2004. Rachel Adam, Semiramis Akbari, Martina Glebocki, Berthold Meyer, Olivier Minkwitz, Axel Nitsche, Hajo Schmidt, Alexander Wicker, Iris Wurm und Heidrun Zinecker danke ich für ihre Hinweise und Anregungen; Olivier Minkwitz hat mich das Jahr über freundlicherweise auf eine Reihe wichtiger Dokumente hingewiesen.

- 1 Berlin (Suhrkamp) 1946, S. 4. Hierbei handelt es sich um einen Vortrag, den der Emigrant Thomas Mann im Jahre 1938 fünfzehn Mal in den USA gehalten hat.
- 2 Kolportiert von Lord Weidenfeld, Wer bei Bush und Kerry Karriere machen wird, in: Welt am Sonntag, 7. März 2004.
- 3 Uwe Schmitt, Mythenwesen oder Revolutionäre? Amerikas Neo-Konservative im Umfeld von Bush, in: Die Welt, 12. Mai 2003; Heinrich August Winkler, Wenn die Macht Recht spricht, in: Die Zeit, Nr. 26, 18. Juni 2003.
- 4 News Transcript from the United States Department of Defense, DoD News Briefing, Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz im Gespräch mit dem Journalisten Goldberg während des „New Yorker Festival“ am 21. September 2003 (Typoskript, im Folgenden zitiert als Goldberg-Interview). Hierbei handelt es sich im Übrigen um eine der wenigen ergiebigen Quellen. Das gleiche gilt für: Bill Keller, The Sunshine Warrior, in: New York Times Magazine, 22. September 2002, S. 48-55, 84, 88, 96-97. – Um den Anmerkungsapparat zu entlasten, habe ich die offiziellen Äußerungen des Deputy Secretary of Defense in der Regel lediglich als Typoskript ohne Internetquelle und Seitenangabe zitiert. Sie sind zugänglich unter <http://www.defenselink.mil/speeches/depsecdef.html> [5.10.2004].
- 5 The Pentagon's Highest-Flying Hawk, in: Business Week, 31. Dezember 2001, S. 48f.; Uwe Schmitt, Ein Falke unter den Falken: Paul Wolfowitz, in: Die Welt, 29. Januar 2003.

Wolf“ oder auf andere Weise verunglimpfen,<sup>6</sup> schwingt vielfach die Bewunderung für den entschiedenen Strategen und einflussreichen Gestalter amerikanischer Sicherheitspolitik mit.

Paul Wolfowitz und sein außenpolitisches Weltbild sind der Gegenstand dieser Studie.<sup>7</sup> Ihn zu verstehen und seine Positionen zu verständlich zu machen, ist für die gesamten transatlantischen Beziehungen relevant und daher auch für uns Deutsche wichtig. Paul Wolfowitz ist als wichtiger Mitgestalter der US-Außen- und Sicherheitspolitik hierzulande ein gleichsam bekannter wie höchst umstrittener Akteur geworden. Das gilt vor allem im Zusammenhang mit dem Irakkrieg. Er hat die ohnehin bestehenden Turbulenzen zwischen den USA und mehreren traditionell engen Bündnispartnern, zu denen an herausragender Stelle Deutschland gehört, verstärkt. In der politisch nicht einheitlichen Bush-Administration repräsentiert Wolfowitz mit Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (und zunehmend auch Präsident George W. Bush selbst) eine insgesamt dominante Gruppierung. Sie ist durch ein äußerst konservatives Profil gekennzeichnet und umfasst folgende fünf Elemente:

1. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse sowie die Neigung zu alarmistischen Bedrohungseinschätzungen, die oftmals nicht einmal von den eigenen Geheimdiensten geteilt werden.
2. Ein ausgeprägt Amerika-zentriertes Selbstbild, das aus den Hauptelementen Macht und Mission besteht. Hier verknüpfen sich die überlegenen, im Prinzip exportierbaren demokratischen Werte mit einem differenzierten Machtverständnis (globale Machtprojektion, möglichst uneingeschränkte Handlungsfreiheit, USA als einzigartige Ordnungsmacht).
3. Bedeutende Neuakzentuierungen in wichtigen Bereichen der Außenpolitik und Militärstrategie. Sie betreffen etwa die Politik einer auch gewaltsamen Vorbeugung (Prävention), die in der Bush-Doktrin ihren offiziellen Ausdruck gefunden haben und im Irakkrieg angewandt wurden.
4. Die Dokumentation außenpolitischer Glaubwürdigkeit, vermittelt über eine große Entschlossenheit und einen hohen Grad an Konfliktbereitschaft; dies schlägt sich in der zunehmenden Aufwertung des Militärischen nieder (Stichwort: beträchtlich erhöhter Rüstungsetat), aber auch im verstärkten Einsatz militärischer Gewalt.

6 Jonah Goldberg, Big, Bad Wolfe, in: National Review Online: The Goldberg File, 26. Mai 1999, <http://www.nationalreview.com/goldberg/goldberg052699.html> [16.5.2004].

7 Da die von mir gesichteten Quellen keine gesicherten Informationen über Wolfowitz' Einstellungen zu innergesellschaftlichen Fragen enthalten, beschränkt sich die folgende Analyse auf die außenpolitischen Dimensionen. Bei Keller (Sunshine Warrior, a.a.O. [Anm. 4], S. 54) finden sich einige wenige Bemerkungen zu inneramerikanischen Aspekten. Im Lichte des 11. September, der enormen Aufrüstung und des Irakkrieges (Stichwort: Guantanamo) müssen jedoch Kellers Ausführungen stark in Zweifel gezogen werden: „He remains, by his own description, a ‘bleeding heart’ on social issues and a civil libertarian.“

5. Eine bevorzugt unilaterale Durchsetzung amerikanischer Politik in entscheidenden Bereichen als Regel – und eine multilaterale, sich an internationalen Normen und Institutionen ausrichtende Politik als Ausnahme.

Diese fünf Aspekte laufen auf jene Dimensionen hinaus, die Wolfowitz auf amerikanischer Seite personifiziert und die aus deutscher und vielfach auch aus europäischer Sicht den transatlantischen Konflikt ausmachen: Unterschiedliche Positionen zur Sonderrolle der USA bzw. zum Selbstverständnis (Identität) des Westens als einer Gemeinschaft demokratischer Länder (und der Rolle der USA in ihr); zur Präferenz der außenpolitischen Instrumente gegenüber (nicht-)demokratisch verfassten Zielstaaten; sowie zur eher unilateralen und weniger multilateral-kooperativen Durchsetzung von außen- und weltordnungspolitischen Zielvorstellungen.

Diese äußerst konservative Gruppierung mit Wolfowitz als Exponent wird in der Regel als neokonservativ bezeichnet. Was ist ein „Neokon“? Diese Frage hat man auch dem Vizechef des Pentagon gestellt. Er hat darauf die klassische Antwort gegeben, indem er auf den biographischen Hintergrund führender Intellektueller verwies. Sie seien in ihrer Jugend Troztkisten gewesen, hätten dann aber Auffassungen angenommen, die man als neokonservativ bezeichne (ein Begriff, fügte Wolfowitz hinzu, der in der Presse des Nahen Ostens ein Synonym für eine „ruchlose zionistische Verschwörung“ sei).<sup>8</sup> Zur klassischen Definition der „Neokons“, von denen eine Reihe Juden sind, gehört ferner der Hinweis, dass es sich bei den führenden Vertretern der ersten Stunde um Intellektuelle handelt, die früher einmal der Demokratischen Partei nahe gestanden oder ihr sogar angehört hatten; in den Sechzigerjahren waren sie dann – so die viel zitierte Formulierung – „von der Realität eingeholt worden“.<sup>9</sup> Sie wandten sich den Republikanern zu, weil sie die Prioritätenverschiebungen bei den Demokraten nicht mittrugen. Im Zeichen von Studenten-, Anti-Vietnamkriegs- und Bürgerrechtsbewegung betraf dieser Kurswechsel die innerparteiliche Kritik am Krieg in Südostasien, die zunehmende Unterstützung für eine Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR sowie ein Plädoyer für einen ausgeprägten Sozialstaat; gekoppelt war diese Forderung in der demokratischen Partei mit der gezielten Förderung der benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Diese Aspekte und die erwähnten fünf außen- und weltordnungspolitischen Elemente machen wichtige programmatische Bereiche aus, die die Neokonservativen zusammengebunden haben. Zu den innergesellschaftlichen Kernforderungen gehören für viele „Neokons“ – aber keinesfalls für alle – die Wiederbelebung der Religion und eine ausgeprägte Kulturkritik. Sie konkretisiert sich in der Sorge um den Verfall traditioneller Werte; ihre Kehrseite sind rigide Moralvorstellungen und ein starkes Plädoyer für die herkömmliche, heterosexuell geprägte Ehe und Familie.<sup>10</sup>

8 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4). – Ausführlicher gehe ich in 5.3 auf den Konspirationsvorwurf im Zusammenhang mit der Bedeutung des politischen Philosophen Leo Strauss als den vermeintlich einflussreichen Mentor von Paul Wolfowitz ein.

9 „Neocons Are Liberals Who Have Been Mugged by Reality“. So Max Boot, *Think Again: Neocons*, in: *Foreign Policy*, Nr. 140, Januar/Februar 2004, S. 20-28 (S. 21).

10 Aufschlussreich sind hier als Quellen die Statements führender Neokonservativer, exemplarisch etwa: Irving Kristol, *American Conservatism 1945-1995*, in: *Public Interest*, Nr. 121, Herbst 1995, <http://>

Mit dem Antritt der Reagan-Regierung besetzten mehrere Neokonservative führende Posten. Sie hatten mit diesem Rollenwechsel die Möglichkeit, ihre Positionen in verbindliche Entscheidungen amerikanischer Außenpolitik umzusetzen. Eine Renaissance der „Neokons“ setzt mit der George W. Bush-Administration ein. Das Hauptkennzeichen der im weiteren Sinn „Neuen Rechten“ ist die zentrale Bedeutung der christlichen Fundamentalisten,<sup>11</sup> die aus einer elitären intellektuellen Gruppierung eine Bewegung von außerordentlicher gesellschaftlicher und außenpolitischer Schlagkraft gemacht haben. Ihr ideologisch-missionarischer Eifer ist unübersehbar. Die Programmatik der neokonservativen Intellektuellen und ihre Allianz mit den christlichen Evangelikalen, aber auch die Verknüpfung vieler „Neokons“ mit dezidiert israelfreundlichen Lobbygruppen und Organisationen, ist im gesamten konservativen Spektrum nicht so einheitlich wie in vielen plakativen Schilderungen mit oftmals anti-israelischen oder gar anti-semitischen Untertönen angenommen. Ein organisatorisches Kennzeichen ist die hochgradige Vernetzung der Neokonservativen. Dies verleiht ihnen die Möglichkeit, sich gezielt und auf breiter Ebene in eigenen Zeitschriften („The Weekly Standard“, „Commentary“, „The Public Interest“) zu artikulieren. Auch im Falle eines einzelnen Akteurs wie Paul Wolfowitz mit seinen individuellen Eigenheiten erklärt die vorzügliche Vernetzung den enormen Einfluss der Neokonservativen mit. Hier kommt neben dem Center for Security Policy und dem Project for a New American Century insbesondere Institutionen wie dem American Enterprise Institute eine Mehrfachfunktion zu.<sup>12</sup> Sie sind ein Scharnier zwischen Gesellschaft und politischem System, speisen konservative Programme rechtzeitig in den Politik- und Diskussionsprozess ein und betreiben konkrete Lobbytätigkeiten: Dies gilt auch für Einrichtungen wie das Middle East Research Media Institute und das Jewish Institute for

[www.thepublicinterest.com/notable/article2.html](http://www.thepublicinterest.com/notable/article2.html) [13.4.2004]; ders., *The Neoconservative Persuasion*, in: *The Weekly Standard*, Jg. 8, Nr. 47, 25. August 2003. Wichtige Arbeiten zu den „Neokons“ und ihrer Geschichte sind: Petra Beckmann-Schulz, *Die Neue Rechte in den USA. Der Einfluß ihrer Political Action Committees auf den amerikanischen Senat*, Wiesbaden (Deutscher Universitätsverlag) 1992; Elizabeth Drew, *The Neocons in Power*, in: *New York Review of Books*, Jg. 50, Nr. 10, 12. Juni 2003, <http://www.nybooks.com/articles/16378> [26.6.2004], Claus Leggewie, *America first! Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt/M. (Fischer Taschenbuch) 1997; Kurt L. Shell/Elisabeth Dröser/Klaus Dieter Frankenberger/Jakob Schissler, *Konservative Ideologie und politische Praxis. Koalitionsbildungen im amerikanischen Kongreß 1972-1984*, Frankfurt/M./New York (Campus) 1988; Peter Steinfels, *The Neoconservatives. The Men Who Are Changing America's Politics*, New York (Simon & Schuster) 1979. Eine differenzierte Gesamtdarstellung, die diese Gruppierung aus der Längsschnitt-Perspektive im Hinblick auf Veränderung, Kontinuität und wirklichem Einfluss untersucht, steht noch aus.

- 11 Für viele: Andrew Kohut/John C. Green/Scott Keeter/Robert C. Toth, *The Diminishing Divide. Religion's Changing Role in American Politics*, Washington, D.C. (Brookings Institution Press) 2000. Hier findet sich auch eine brauchbare Definition des Begriffes Fundamentalismus: „(...) all these groups have much in common: all are ‚sect movements,‘ which seek to preserve and protect traditional practices and beliefs from the modern world“ (ebd., S. 22f.). – Kein Geringerer als Irving Kristol hat das Aufschließen der christlichen Rechten mit den politischen Konservativen „auf lange Sicht“ zu Recht als das „vielleicht wichtigste“ Ereignis in der Entwicklung des amerikanischen Konservatismus der letzten Jahrzehnte bezeichnet (Kristol, *American Conservatism*, a.a.O. [Anm. 10], S. 1).
- 12 Siehe hierzu den prägnanten Überblick von: Alexandra Homolar-Riechmann, *Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B46/2003, S. 33-40.

National Security Affairs, deren zentrales Anliegen ein Regimewechsel in Staaten wie Irak und Iran (gewesen) ist.

Wolfowitz lässt sich dieser neokonservativen Gruppierung zurechnen. In der Administration stehen sein Denken und Handeln für die Grundlinie amerikanischer Außen- und Weltordnungspolitik, die ich eingangs durch die fünf Elemente charakterisiert habe. Wie ist sein außenpolitisches Weltbild zustande gekommen, aus welchen ideellen Quellen speist es sich – wie also ist es in die politische Kultur der USA eingebettet, durch herausragende (internationale) Ereignisse geprägt, aber auch durch die spezifisch intellektuell-berufliche Sozialisation, einschließlich markanter Erfahrungen? Wie stabil, flexibel, dynamisch und offen für neue Dimensionen ist sein Weltbild? Welche Wirkung geht von ihm vor allem dort aus, wo es sich in Form von Ideen – verstanden als Expertise, Vorschläge und Konzepte – auf konkrete politische Entscheidungen richtet?

Diese Fragen nach der sozialen Konstitution, Genese und Wirkung von Weltbildern und von Ideen zu stellen, heißt: Sie in einem aktorsorientierten Konzept zu beantworten, in dem ein Politiker wie Wolfowitz nicht atomisiert, sondern in seinen institutionell-beruflichen Bezügen und sozial-ideellen Einbindungen eingeordnet und dargestellt wird. Dies läuft auf den Versuch hinaus, einen Brückenschlag zwischen einer gemäßigt sozialkonstruktivistischen und einer modifizierten liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen zu machen.<sup>13</sup> Mit der so präzisierbaren politischen, institutionellen, biographischen und kulturellen Verankerung der Weltbilder und der in sie eingelassenen Ideen möchte ich den Begriff der „sozialen Konstruktion“ so profilieren, dass er analytisch verwendbar bleibt. Bei Wolfowitz kommt als Spezifikum hinzu, dass er zu den „ins and outs“<sup>14</sup> gehört, die regelmäßig zwischen „academia“ und politischem System wechseln.

Weltbilder und Ideen leiten einerseits Handeln an und setzen sich durch, wenn ihre Träger wie etwa Paul Wolfowitz nicht nur gesellschaftlich gut organisiert sind, sondern als Entscheidungsträger im politischen System direkten Zugang zum Präsidenten haben. Weltbilder und Ideen können andererseits taktisch und strategisch eingesetzt werden, um die „eigentlichen Interessen“ zu verdecken; dieses Problem wird uns vor allem im Zusammenhang mit dem 11. September und der Irakpolitik begegnen (siehe Kapitel 5).

13 Siehe hierzu systematisch meine Habilitationsschrift: Bernd W. Kubbig, *Wissen als Machtfaktor im Kalten Krieg. Naturwissenschaftler und die Raketenabwehr der USA*, Frankfurt/M./New York (Campus) 2004. – Hier gehe ich auch ausführlich auf das sogleich angesprochene Verhältnis von Weltbildern/Ideen einerseits und Interessen andererseits (ebd., S. 138ff.) ein. An dieser Stelle sei deshalb nur angemerkt, dass aus meiner Sicht nicht nur Weltbilder und Ideen, sondern auch Interessen Handeln anleiten können. Weltbilder/Ideen und Interessen verstehe ich deshalb nicht als Gegensatz, und jene sollten Interessen nicht prinzipiell und apodiktisch vorgeordnet werden. Interessen lassen sich für mich grundsätzlich identifizieren. Deshalb spreche ich später von „eigentlichen Interessen“, die sich zudem als Erklärungsfaktor gewichten lassen, wie ich im Kontext der Gründe für den Irakkrieg (in 5.2) ausführen werde.

14 So wurde Wolfowitz beim Brookings Harvard Forum mit dem Terminus von Richard Neustadt vorgestellt. United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz at Brookings Harvard Forum, 15. Mai 2002.

Paul Wolfowitz verstehe ich als einen politisch extremen Vertreter des demokratischen Hegemons USA. Die mächtigste Demokratie Vereinigte Staaten *hat* zwar ein Imperium, aber sie *ist* keines. Insbesondere aufgrund ihres gewaltigen geographischen Einzugsbereichs (z.B. qua Militärpräsenz von über 750 Basen und Anlagen in rund 130 Staaten der Erde) verfügt sie in der Tat über ein Imperium, von dem die Römer und Briten nur hätten träumen können.<sup>15</sup> In ihren Außenbeziehungen verfolgen die Vereinigten Staaten *auch* eine imperiale Politik – „imperial“ verstanden als direkte oder indirekte Machtausübung im Sinne von Kontrolle gegenüber und in anderen Staaten, und zwar durch die Anwendung aller Mittel.<sup>16</sup>

Wolfowitz würde sich zu Recht auch deshalb nicht mit der „imperialen“ Variante begnügen,<sup>17</sup> weil er das ganze Spektrum außenpolitischer Instrumente, über das die demokratische Hegemonie USA in einzigartiger Weise verfügt, flexibel, nuanciert und wählerisch bedient – von den sanftesten Formen der Diplomatie („soft power“) bis zum Gegenpol des Militärischen.<sup>18</sup> Allein dies qualifiziert die Vereinigten Staaten strukturell und verhaltensmäßig für eine Hegemonie. Aus meiner Sicht sind die USA vor allem aus zwei Gründen strukturell nicht in der Lage, überwiegend und dauerhaft eine imperiale Politik im von mir definierten Sinne zu betreiben (wohl aber in einzelnen Fällen): Erstens, weil sie eine demokratisch verfasste Gesellschaft sind, deren Eliten und Wähler erfolgsorientiert in kurzfristigen Wahlzyklen denken. Und zweitens, weil viele Zielstaaten der Vereinigten Staaten Demokratien sind; ihnen gegenüber sind die USA letztlich nur erfolgreich, wenn sie „sanfte“ außenpolitische Mittel anwenden.<sup>19</sup>

Auf die Frage, ob er ein Neokonservativer sei, antwortete der Stellvertretende Verteidigungsminister: Er verstehe sich als „pragmatischer Idealist“ oder als „demokratischer Realist“, bei dem die „amerikanischen Prinzipien“ – Realismus und Idealismus – zusammenkämen. Er wisse nicht, ob er deshalb ein Neokonservativer sei. Ich verwende alle drei „Etiketten“ (Wolfowitz), um ihn und sein Weltbild zu charakterisieren – also den für ihn

15 Siehe hierzu geradezu schwärmerisch Niall Ferguson während der pointierten wie außerordentlich unterhaltsamen Debatte mit Robert Kagan zur Frage, ob die USA ein Imperium seien. (Siehe *The United States Is, and Should Be, an Empire. A New Atlantic Initiative Debate*, 17. Juli 2003, <http://www.aei.org/events/filter.,eventID.428/transcript.asp> [2.8.2004]).

16 Siehe hierzu Bernd W. Kubbig (Guest Editor), *Toward a New American Century? The US Hegemon in Motion*, *Amerikastudien/American Studies*, Jg. 46, Nr. 4, 2001 (Schwerpunktheft).

17 Allerdings lehnt er es aus anderen Gründen ab, die USA als Imperialmacht zu bezeichnen (siehe 6.2). Auch in diesem Punkt sind sich die Neokonservativen nicht einig. Einige bekennen sich zum Selbstverständnis der USA als „imperial power“ (siehe hierzu das Streitgespräch zwischen dem imperialistischen Heißsporn Niall Ferguson und Robert Kagan, a.a.O. [Anm. 15]); andere wiederum, wie etwa Irving Kristol, sehen angesichts ihrer Kritik am Werteverfall in den USA den Demokratieexport als zweifelhaft an (siehe Irving Kristol, *The Emerging American Empire*, in: *AEI Online*, 18. August 1997, [http://www.aei.org/publications/filter.all,pubID.7962/pub\\_detail.asp](http://www.aei.org/publications/filter.all,pubID.7962/pub_detail.asp) [13.4.2004]).

18 Exemplarisch hat Wolfowitz dies in einem Leserbrief deutlich gemacht (in dem er gleichzeitig seinen Ärger über Außenminister Joschka Fischer ausdrückt). Siehe: *Der Spiegel*, Nr. 16, 14. April 2003, S. 12.

19 Siehe hierzu Bernd W. Kubbig, *Between Self-Restraint and 'All Options Open': Positioning the US Hegemon in the Democratic/Non-Democratic Divide. Conclusions*, in: ders. (Guest Editor), *Toward a New American Century?*, a.a.O. (Anm. 16), S. 661-686 (S. 670ff.).



bedeutsamen Export der demokratischen Werte im US-Interesse<sup>20</sup> und (im Vorgriff auf meine späteren Ausführungen) seine Sicht von den USA als unersetzlichem Ordnungsfaktor in der „unipolaren“ Weltkonstellation sowie die von ihm bevorzugte unilaterale Durchsetzung amerikanischer Politik.<sup>21</sup>

Paul Wolfowitz mit seinem Weltbild zu verstehen und verständlich zu machen, dient nicht einem bloß akademisch-hermeneutischen Selbstzweck, sondern ist gezielt politisch. Denn die von ihm mit aufgeworfenen und mit entschiedenen Fragen werden uns auch während der nächsten US-Administration (ungeachtet dessen, wer Präsident wird) in Variationen erhalten bleiben. Paul Wolfowitz ist zudem eine intellektuelle Herausforderung für Amerikaforscher wie für Friedensforscher, weil er die traditionellen Eingruppierung von Liberalen und Konservativen, wie sie in den Lehrbüchern zu finden ist,<sup>22</sup> durcheinander bringt; weil er mit der Menschenrechts- und Demokratisierungsfrage Sachverhalte auf die Tagesordnung gesetzt hat, die stärker und beharrlicher von liberalen Interna-

20 Im Grunde genommen lässt sich Wolfowitz allein wegen dieser Dimension prägnant als Neonationalist bezeichnen. Ich sehe mich darin durch die beiden Auguren des amerikanischen Neokonservatismus bestätigt, den als „Gottvater wie in der Mafia“ betitelten Irving Kristol und seinen selbsternannten „Ratgeber“ Norman Podhoretz. Sie sprachen bereits 1981 auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung von zwei Ausprägungen nicht des amerikanischen Neokonservatismus, sondern des amerikanischen Nationalismus: Von einer isolationistischen Variante, die man mit der „Festung Amerika“ in Verbindung bringe, und von einer anderen, internationalistischen, Ausrichtung, die man mit US-Präsident Woodrow Wilson assoziiere; sie „umfaßt die Idee der Vereinigten Staaten als Verkörperung eines transzendentalen Prinzips: Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie, was immer Sie wollen, und das legt den Vereinigten Staaten die Verantwortung auf, für diese Werte zu kämpfen und sogar auch außenpolitisch für sie zu Felde zu ziehen“. So Norman Podhoretz, in: George Nash/Irving Kristol/Norman Podhoretz/Hermann Lübke, *Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus*, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen/Walter F. Hahn (Hg.), *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die atlantische Allianz*, Melle (Ernst Knoth und Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin) 1982, S. 42-106 (S. 84). Kurz vorher führte Podhoretz aus: „Ich stimme voll und ganz mit Irving (Kristol, B.W.K.) überein, daß ich diese Bewegung – wenn ich hätte wählen können – eher Neo-Nationalismus als Neo-Konservatismus genannt hätte, denn sie ist begründet auf einer Wiederbelebung der Tugenden der amerikanischen politischen Kultur und der Kulturen des Westens allgemein, der politischen Kulturen des Westens, der freien Welt, wie einige von uns sie wieder nennen möchten.“ (Ebd., S. 83; die zitierten Charakterisierungen finden sich hier ebenfalls, S. 75.)

21 Die aussagekräftige Bezeichnung des Neonationalismus gilt deshalb insgesamt in umfassender Weise umso mehr – es geht in einem ganz einfachen wie profunden Sinne letztlich immer nur um Amerika. Dennoch werde ich die drei „Etiketten“, einschließlich des gängigen Begriffs des Neokonservativen, beibehalten. – Eine von Wolfowitz erzählte Anekdote veranschaulicht seinen Amerika-Zentrismus vorzüglich. Alle frisch ernannten Botschafter wollten seinerzeit ein Photo für ihre neue Dienststelle haben, das sie zusammen mit ihrem Chef, Außenminister George Shultz, zeigte. Shultz ließ es vor der riesigen Weltkugel in seinem Zimmer im State Department machen und bat die Emissäre, „ihr Land“ entsprechend für die Aufnahme sichtbar nach vorn zu drehen. Alle Botschafter-Neulinge verstanden darunter das Land, in dem sie tätig sein würden, Shultz aber meinte mit „ihr Land“ die USA. Da Wolfowitz vor seinem Antritt seines Botschafter-Postens in Indonesien von diesem Ritual erfahren hatte, konnte er die Weltkugel ganz in Shultz' Sinne auf die USA zentrieren. Mir scheint, Wolfowitz hätte aufgrund seiner Amerika-Fixiertheit den Globus von sich aus in eine „USA First!“-Position gebracht. (Siehe Hudson Institute Doolittle Dinner Honoring George Shultz. Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, D.C., 29. Mai 2002 [Typoskript].)

22 Siehe z.B. Charles W. Dunn/J. David Woodard, *The Conservative Tradition in Amerika*, Lanham u.a. (Rowman & Littlefield) 2003, Tabelle 2-2, S. 35.

tionalisten eingefordert und bearbeitet werden sollten – gerade, wenn sie sich auf Immanuel Kant und dessen „Ewigen Frieden“ berufen.

Im Folgenden (Kapitel 2 bis 4) werde ich am Beispiel von Wolfowitz die anfangs genannten fünf Elemente bündeln, die die ultrakonservative Gruppierung in der Bush-Administration ausmachen, und ich werde sein Weltbild samt den Ideen (also Konzepte und Vorschläge) im Längsschnitt in Form von drei Leitmotiven darstellen: Erstens, die überzeichnete Bedrohung, das Denken in Gut und Böse und die überragende Bedeutung des Militärischen am Beispiel der Raketenabwehr; zweitens, die Präventionskonzepte; und drittens, das Interesse an der Demokratisierung anderer Länder oder gar Regionen. Von besonderer Bedeutung wird sein, wie die Ereignisse des 11.9. diese Dimensionen zum Teil neu bestimmen (Kapitel 5). Abschließend fasse ich die empirischen Ergebnisse zu den eingangs aufgeworfenen Fragen zusammen, arbeite die Bedeutung von Wolfowitz' Weltbild für die aktuellen Entwicklungen im Irak heraus und präsentiere Vorschläge für den konstruktiven Umgang mit den Neokonservativen als Herausforderung für die transatlantische Gemeinschaft (Kapitel 6).

Diese Vorschläge sind von der Hoffnung getragen, dass die historische Längsschnittanalyse von Wolfowitz' drei Leitmotiven Verständnis für den „ideellen Kontrahenten“ weckt. Auch wenn dies nicht automatisch dazu beiträgt, transatlantische Differenzen zu beseitigen, vermag ein solches Verstehen ein erster Schritt sein, um neue Spielräume für mögliche Kompromisse oder gar Gemeinsamkeiten zu eröffnen. Dies gilt es in einem zweiten Schritt zusammen (etwa auf der Ebene deutsch-amerikanischer Experten) auszuloten.

## **2. Entstehung und Entwicklung von Wolfowitz' Weltbild (I): Überzeichnete Bedrohungen und dichotomisches Denken als erstes Leitmotiv**

Am Anfang war Pearl Harbor. Mit dem japanischen Angriff auf den Militärstützpunkt der Vereinigten Staaten im Pazifik am 7. Dezember 1941 fing die neue US-Zeitrechnung, das eigene „amerikanische Jahrhundert“ an. Die Reaktion Washingtons leitete eine fundamentale Wende in der amerikanischen Weltpolitik ein. Pearl Harbor war und blieb kulturprägend.<sup>23</sup> Die über 2.400 getöteten und weiteren 1.100 verwundeten US-Soldaten<sup>24</sup> zeigten die Verwundbarkeit der amerikanischen Nation auf, für die die physische Unversehrtheit zwischen den zwei Ozeanen quasi naturrechtlich gegeben war. Pearl Harbor war als epochales Ereignis aber auch politikbildend (und damit instrumentalisierbar) – es zeigt damit den Doppelcharakter historisch herausragender Ereignisse auf. Denn die Attacke

23 Gemeint ist damit die politische Kultur.

24 Siehe Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1995, S. 290.

der Japaner wurde bereits am Anfang – ob zu Recht oder zu Unrecht<sup>25</sup> – als *Überraschungsangriff* gedeutet. Es ist diese Deutung – und nur sie –, die es Präsident Roosevelt ermöglichte, den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg zu legitimieren, alle isolationistischen Fesseln abzustreifen und von nun an das globalpolitische Engagement der Vereinigten Staaten zum außen- und weltordnungspolitischen Prinzip zu machen.

In dieses neue „amerikanische Jahrhundert“ wurde Paul Dundes Wolfowitz am 22. Dezember 1943 hineingeboren. Dass die hiermit verbundene Kehrtwende seine außenpolitische Grundhaltung zeitlebens bestimmt hat, dürfte mit seinem wohl wichtigsten intellektuellen Mentor zu tun haben: dem weltweit renommierten Nuklearstrategen Albert Wohlstetter. Vom Vietnamkrieg bis zum militärischen Einsatz in Bosnien befürwortete der Strategieexperte US-Interventionen, auch wenn er, wie im Falle Vietnam, die operative Durchführung seitens der USA unmissverständlich kritisierte.<sup>26</sup> Paul Wolfowitz verließ 1965 die Cornell-Universität mit einem Abschluss in Mathematik (er hatte gelegentlich bei seinem Vater, einem 1920 aus Polen eingewanderten, in den USA führenden mathematischen Statistiker studiert) und schrieb sich an der Universität Chicago in Politikwissenschaft ein. In den späten Sechziger- und frühen Siebzigerjahren beschäftigte er sich hauptsächlich mit dem „Schrecken des Nuklearkrieges und damit, was zu seiner Verhinderung getan werden könnte“ (so Wolfowitz im Rückblick über seinen ersten Arbeitsschwerpunkt). Es war dieses normative Interesse, das aus dem Mathematiker einen Sicherheitsforscher machte.<sup>27</sup>

Bereits bei einer ersten Tee-Einladung traf er auf Albert Wohlstetter, der das RAND-Institut in Kalifornien soeben verlassen und an die Universität Chicago gekommen war. Der politische Philosoph Allan Bloom, der später mit seinem Bestseller „Der Niedergang des amerikanischen Geistes“<sup>28</sup> die Ideen seines Lehrers Leo Strauss popularisierte und weiter entwickelte, hatte Wolfowitz' Interesse an weltpolitischen Fragen geweckt. Der Student hatte vorher noch nie von dem berühmten Militärfachmann gehört, aber Wohlstetter hatte bei Pauls Vater studiert. Wolfowitz bekannte, dass er mit seiner Ausbildung in Mathematik für Wohlstetter der „perfekte Student“ war. Aus der Sicht des Militärstrategen war, wie mir Wohlstetter Ende 1993 schrieb, Paul Wolfowitz „damals sein bester Student“.<sup>29</sup>

25 Die Zweifel an der traditionellen und gleichsam dominierenden Interpretation des Überraschungsangriffs durch die Roosevelt-Administration werden immer lauter. Siehe hierzu für viele: Robert B. Stinnett, *Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ*, Frankfurt/M. (Zweitausendeins) 2003.

26 Ausführlicher zu dessen außenpolitischem Weltbild siehe Kubbig, *Wissen als Machtfaktor*, a.a.O. (Anm. 13), S. 236ff. – Zu Wolfowitz' zunächst zustimmender und später kritischer Haltung zum Vietnamkrieg siehe Keller, *Sunshine Warrior*, a.a.O. (Anm. 4), S. 54.

27 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4); siehe auch United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz Interview with *New York Times*, 18. April 2002 (Typoskript).

28 Allan Bloom, *Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur*, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1998; siehe in diesem Zusammenhang auch die vorzügliche Studie von Till Kinzel, *Platonische Kulturkritik in Amerika. Studien zu Allan Blooms *The Closing of the American Mind**, Berlin (Duncker & Humblot) 2002.

29 Zitiert in: Kubbig, *Wissen als Machtfaktor*, a.a.O. (Anm. 13), S. 289, Anm. 373.

Albert Wohlstetter prägte Wolfowitz' außenpolitisches Weltbild maßgeblich, und Roberta Wohlstetter beeinflusste es in einem ganz entscheidenden Punkt (siehe unten).

Um einen Nuklearkrieg zwischen den Supermächten zu verhindern, setzte Wohlstetter auf Abschreckung; diese aber konnte aus seiner Sicht nur dann funktionieren, wenn die USA entschlossen waren, einen solchen Krieg auch zu führen. Die amerikanische Entschlossenheit war wiederum nur glaubwürdig, wenn die Vereinigten Staaten die militärischen Mittel hatten, um einen Atomkrieg begrenzen zu können. Die hiermit verbundene technologische Suche nach immer kleineren Waffen war ein Synonym für beständige Aufrüstung. Bilaterale Rüstungskontrolle spielte aus dieser Sicht eine entsprechend untergeordnete, ja oftmals eine störende oder gar negative Rolle.

Nicht nur Wohlstetter, auch Wolfowitz ist Exponent dieser Position. Für ihn war es eine „beträchtliche persönliche Genugtuung“<sup>30</sup> gewesen, die „Tomahawk“-Marschflugkörper im Zweiten Golfkrieg effizient im Einsatz zu sehen. Dass es diese Waffe überhaupt noch gab, sei seiner Intervention bei Fred Iklé, dem Direktor der Arms Control and Disarmament Agency (Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, ACDA) zu verdanken. Als junger ACDA-Beamter hatte er Mitte der Siebzigerjahre zusammen mit Wohlstetter verhindert, dass Außenminister Kissinger die Marschflugkörper in den SALT-Gesprächen mit den Sowjets als Verhandlungsmasse („bargaining chip“) einsetzte. Dieses Denken in nuklearen Kriegführungsoptionen kann für die gesamte Rüstungsentwicklung der USA bis in die jüngsten Strategiepapiere der Bush-Administrationen nicht hoch genug veranschlagt werden.<sup>31</sup>

Wohlstetters unverwechselbarer Beitrag zur amerikanischen Abschreckungstheorie und -praxis bestand in seiner Einsicht, es komme nicht auf die Masse des US-Atompotenzials vor einem Nuklearkrieg an. Entscheidend sei vielmehr die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die Waffen so aufzustellen und so schützen zu können, dass sie in ausreichender Anzahl auch *nach* einem Atomkonflikt „überlebten“. Es galt, vor allem die landgestützten Raketenbasen vor einem überraschenden, unbeabsichtigten oder kalkulierten Angriff zu

30 United States Department of Defense, DoD News Briefing, Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz im Gespräch mit Sam Tanenhaus von „Vanity Fair“ am 9. und 10. Mai 2003 (Typoskript, im Folgenden als Tanenhaus-Interview zitiert). Ich zitiere nach diesem Typoskript und nicht nach dem umstrittenen Artikel des „Vanity Fair“-Redakteurs. Siehe Sam Tanenhaus, *Bush's Brain Trust*, in: *Vanity Fair*, Juli 2003, S. 114-118, 163-168. Als Beispiel dafür, wie schnell das neokonservative Netzwerk reagiert und wie engmaschig es ist, siehe die Kritik von William Kristol an Tanenhaus: William Kristol, *What Wolfowitz Really Said*. From the June 9, 2003 issue: *The truth behind the Vanity Fair „scoop“*, in: *The Weekly Standard*, Jg. 8, Nr. 38, 9. Juni 2003, [http://www.weeklystandard.com/Utilities/printer\\_preview.asp?idArticle=2757&R=779516776](http://www.weeklystandard.com/Utilities/printer_preview.asp?idArticle=2757&R=779516776) [13.6.2004].

31 Wolfowitz hat wiederholt – und zustimmend (siehe Tanenhaus-Interview, a.a.O. [Anm. 30]) – auf die Bedeutung des Wohlstetterschen Denkens hingewiesen, konkret auf Albert Wohlstetters Aufsatz, den er mit Fred Iklé unter dem programmatischen Titel „Discriminate Deterrence“ als Antwort auf den katholischen Hirtenbrief aus dem Jahre 1983 schrieb. Dieser Artikel war im Kontext der damaligen „nuclear freeze“-Bewegung entstanden. Sie wollte die Rüstungspotenziale beider Supermächte einfrieren; diese Forderung verstand die Bewegung als Reaktion auf Reagans Hochrüstungs- und verschärfte Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion. (Siehe hierzu Bernd W. Kubbig, *Amerikanische Rüstungskontrollpolitik. Die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der ersten Amtszeit Reagans*, Frankfurt/M./New York [Campus] 1983.)

schützen. Verwundbarkeit, Überlebensfähigkeit und feindlicher Überraschungsangriff – ohne diese drei Begriffe lassen sich das Denken und Handeln von Wohlstetter nicht verstehen. Ihre Quellen führen uns zum historischen Ereignis von Pearl Harbor und seiner Deutung. Albert Wohlstetter übersetzte die zentralen Erkenntnisse der einflussreichen „Pearl Harbor“-Studie<sup>32</sup> seiner Frau Roberta in seine abschreckungspolitischen und militärstrategischen Überlegungen im Nuklearzeitalter. In der antagonistischen Konfliktsituation war es der unberechenbare Gegner Sowjetunion, der viele Grundwerte des „freien“ demokratischen Westens nicht teilte. Deshalb gehörte es fast ein halbes Jahrhundert lang zur alltäglichen „sozialen Praxis“, das Element der Überraschung zu einem festen Bestandteil der Militärstrategie zu machen.

Das für das Selbstverständnis der USA so einschneidende Pearl Harbor-Ereignis hat sich bei keinem anderen Strategen und bei keinem seiner Schüler so konkret und sichtbar umgesetzt. Dieses „Pearl Harbor-Syndrom“ als Teil des außenpolitischen Weltbildes besteht aus folgenden Elementen: Der Feind ist zu allem entschlossen, er täuscht durch irritierende Signale, er greift mit seinen Überraschungstaktiken meistens so an, wie man es am wenigsten erwartet, er handelt nach einer eigenen Rationalität. Feindliche Mächte für so verwegen zu halten, führt zu einem inflationären Wissensbegriff – oder besser: Begriff von Nichtwissen – über die dem Gegner unterstellten Absichten und Waffenarsenale. Dieses Verständnis war für die späteren von Rumsfeld geleiteten Kommissionen, in denen Wolfowitz mitarbeitete (siehe unten), genau so bedeutsam wie für die Einschätzungen der Intentionen Saddam Husseins und der ihm unterstellten Waffenpotenziale. Es drückt sich in der Pointe aus, die „Abwesenheit des Beweises ist nicht der Beweis der Abwesenheit“.<sup>33</sup> Angesichts dieser fundamentalen Ungewissheit ist in erster Linie Phantasie gefragt, mit allem, gerade auch mit dem Schlimmsten, allzeit zu rechnen, auf „Nr. Sicher“ zu gehen und Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen<sup>34</sup> – etwa, indem man die Waffen (oder gar die eigene Bevölkerung) vorbeugend schützt.

Deshalb war es plausibel, dass Albert Wohlstetter und sein Schüler Wolfowitz bereits Ende der Sechzigerjahre für die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen eintraten; dabei

32 Roberta Wohlstetter, Pearl Harbor. Signale und Entscheidungen, Erlenbach-Zürich/Stuttgart (Eugen Rentsch) 1966.

33 So zitiert Wolfowitz George Tenet aus dem Kontext der Rumsfeld-Kommission von 1998. (Hearing of the Senate Armed Services Committee, Nomination of Paul Wolfowitz to be Deputy Secretary of Defense, Washington, D.C., 27. Februar 2001 [Typoskript].) Dieses Verständnis von Wissen bzw. Nichtwissen gilt auch für Rumsfeld: „There are things we know that we know. There are known unknowns. That is to say, there are things that we know we don't know. But there are also unknown unknowns. There are things we don't know we don't know. ... Each year we discover a few more of those unknown unknowns.“ (Zitiert nach: G. John Ikenberry, America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs, Jg. 81, Nr. 5, September/Okttober 2002, S. 44-60 [S. 50].)

34 Diese Elemente artikuliert Wolfowitz später im Zusammenhang mit dem 11. September pointiert. Siehe hierzu besonders: United States Department of Defense, Prepared Statement for the House and Senate Armed Services Committees: „Building a Military for the 21<sup>st</sup> Century“ by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, 3. und 4. Oktober 2001 (Typoskript). Diese Elemente kommen aber auch in seinen Statements zur Raketenabwehr zum Ausdruck. Siehe hierzu vor allem seine Erklärung vor dem Senate Armed Services Committee am 12. Juli 2001 mit anschließender Debatte, <http://www.hsfc.de/abm/bushadmi/wolfowit/071201a.html> [2.8.2004].

galt ihre Hauptsorge dem Schutz der Waffen und weniger den Menschen. Wolfowitz war damals noch Student und beriet punktuell Senator Jackson, den führenden Befürworter der Raketenabwehrpolitik im Senat.<sup>35</sup> Rund dreißig Jahre später – und hier zeigt sich die konstante Grundeinstellung über einen langen Zeitraum – wurde Wolfowitz 1998 Mitglied der sogenannten Rumsfeld-Kommission. Sie schätzte im Auftrag des Kongresses die weltweiten Gefahren ein, die den USA durch die Raketenaktivitäten feindlicher Regime entstehen könnten. In der Haupterkennnis dieser hochkarätigen Arbeitsgruppe hallte das Echo von Pearl Harbor unüberhörbar nach: Es sind Situationen denkbar, in denen die USA keine ausreichende Vorwarnzeit haben, um auf einen überraschenden Angriff vor allem aus Nordkorea reagieren zu können.<sup>36</sup> Die Kommission gab keine Empfehlung darüber ab, was zu tun sei, aber die Rüstungstechnologische Antwort drängte sich auf: Raketenabwehr, um ein erneutes Pearl Harbor zu vermeiden, wie die Befürworter dieser Rüstungstechnologie argumentierten.<sup>37</sup>

35 Er selbst berichtet rückblickend: “And I, at the time was a graduate student of Albert Wohlstetter at the University of Chicago, who was advising Senator Jackson in preparation for his debate with Symington. We devised some new charts, using overlays on top of Symington’s chart, to demonstrate that the chart actually showed the opposite of what Symington was trying to argue.

And on the morning of the debate, lucky for me, Albert was in California, so I had the good fortune to be the one to take our charts to Senator Jackson all by myself and brief him. I had never personally met a Senator in my life and I probably would’ve been awestruck at that time by even the most insignificant member of that great body. And there I was, face to face with one of the titans.

Scoop Jackson literally rolled up his sleeves and sat cross-legged on the floor because our charts were so big, asking question after question to make sure that he understood the logic by which the charts were constructed. When he was sure he understood it, he then summoned his two close colleagues, the late Senators John Tower and Pete Dominick, who were going to be his assistants in the debate, and explained the charts to them.

You can imagine how impressed I was by this literally ‘down to earth’ performance. I was told later that Scoop literally ‘mopped the floor’ with Senator Symington’s chart.

Some people attributed that to the fact that Scoop had the bigger charts. [Laughter] Some said it was because he had the bigger arguments. I imagine that both points were true. But the most important point is that Scoop Jackson spoke with such authority when he really believed something on a defense issue, that few people, inside or outside of the United States’ Senate, were comfortable challenging him.

As I learned first-hand, Henry Jackson did his homework. He came by all of his other beliefs through similar diligence and hard work – and one other very important ingredient: moral conviction.” (United States Department of Defense, Henry M. “Scoop” Jackson Distinguished Service Award. Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Jewish Institute for National Security Affairs, Ritz Carlton Hotel, Pentagon City, VA, 18. November 2002, <http://www.defenselink.mil/speeches/2002/s20021118-depsecdef.html> [12.5.2004]).

36 Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States. Executive Summary, Washington, D.C. (Government Printing Office) 15. Juli 1998, S. 11 (so genannte Rumsfeld-Kommission I); die so genannte Rumsfeld-Kommission II erstellte einen Report zur Notwendigkeit und Gefährdung von Weltraumwaffen im All und sprach in diesem Zusammenhang vor allem wegen des Überraschungsmoments vom „Pearl Harbor im All“, das es unter allen Umständen zu vermeiden gelte. (Siehe Report of the Commission to Assess United States National Security Space Management and Organization. Executive Summary, Washington, D.C. [Government Printing Office] 11. Januar 2001, S. 15.)

37 Beispielhaft der damalige Senator John Ashcroft, der im Frühjahr 1999 das „Pearl Harbor-Syndrom“ revitalisierte, um so die Verabschiedung des National Missile Defense Act of 1999 zu erleichtern: „Wir müssen zu der gesunden Politik eines aktiven Verteidigungssystems zurückkehren, bevor ein Raketen-

Präsident Clinton sah sich deshalb gegen seine Überzeugung dazu gezwungen, seinen eher defensiven Raketenabwehrkurs zu forcieren. Durch den Rollenwechsel an die Spitze des Pentagon konnte das Tandem Rumsfeld und Wolfowitz ab 2001 seine früheren Forderungen selbst exekutieren. Als erste gemeinsame Handlung machten beide dem verhassten Raketenabwehr-Vertrag von 1972 den Garaus. Wolfowitz und Rumsfeld hatten damals jeder auf seine Weise das Zustandekommen dieses Abkommens von 1972 erfolglos bekämpft, das aus ihrer Sicht den USA unvermeidbare Fesseln anlegte. Die freie Entfaltung der Raketenabwehr mit einem Jahresbudget von derzeit rund \$ 10 Mrd. begründen sie auch jetzt mit einer alarmistischen Einschätzung, indem sie vor allem auf die nordkoreanische Gefahr verweisen. Formell geschah diese Aufkündigung des Vertrages letztendlich nicht unilateral. Denn das Weiße Haus war bereit, für Moskaus Ja zur Annullierung des ABM-Abkommens einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zu unterzeichnen, der die strategischen Offensivwaffen verminderte. Dies geschah gegen den starken Widerstand des Pentagon, das nur ein unverbindliches und jederzeit einseitig widerrufbares „handshake“-Abkommen befürwortet hatte. In der Substanz war die Annullierung des ABM-Vertrages jedoch unilateral. Denn Moskau, das sich von Washington unter Druck gesetzt sah, hatte jahrelang versucht, genau diese Option zu vermeiden; statt dessen hatte die Regierung Putin eindeutig eine Anpassung des Abkommens bevorzugt.<sup>38</sup>

Neben Wohlstetter hat der bereits genannte Senator Henry Jackson Wolfowitz geprägt. Wolfowitz ist in der recht heterogenen Gruppe der Neokonservativen wie viele andere Vertreter ein parteipolitischer Konvertit, aber eben ein „Scoop Jackson Republican“,<sup>39</sup> also einer jener „Kalten Krieger“, für die der demokratische Senator aus dem Bundesstaat Washington programmatisch steht – und damit für Gewerkschaftsnähe, Israelfreundlichkeit sowie eine harte Haltung zum „evil empire“ Sowjetunion. Wolfowitz verließ die Demokratische Partei (aber erst in der Reagan-Ära), weil er sich von ihr verlassen fühlte, hauptsächlich wegen der entspannungsfreundlichen Grundhaltung unter den Demokraten gegenüber Moskau, die in der Debatte um den ABM-Vertrag ihren Ausdruck fand.<sup>40</sup>

Es dürfte der kombinierte Einfluss vor allem von Wohlstetter, aber auch von Jackson gewesen sein, der Wolfowitz' dichotomisches Denken prägte, das sich während des Ost-West-Konfliktes auf die Sowjetunion und nach dem Zusammenbruch der UdSSR prak-

angriff auf US-Territorium die Katastrophe von Pearl Harbor in den Schatten stellt. Wir haben keine weiteren sechs Jahre zu verschwenden (...).“ (Congressional Record, 16. März 1999, S. S 2726.)

38 Siehe Bernd W. Kubbig, Die Demontage des ABM-Vertrags gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Bruno Schoch/Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz (Hg.), Friedensgutachten 1999, Münster u.a. (LIT Verlag) 1999, S. 219-227 (S. 221f.); Martina Glebocki/Mirko Jacobowski/Bernd W. Kubbig/Alexander Wicker, Raketenabwehrpläne in historischer Perspektive – Variationen über ein Thema amerikanischer Politik, in: Die Friedens-Warte, Band 74, Heft 4, 2001, S. 361-389 (S. 379f.); Bernd W. Kubbig, Nach dem Moskauer Gipfel zwischen Clinton und Putin: Unstimmigkeiten und Handlungsoptionen bei der Raketenabwehr, HSFK-Report 9/2000, Frankfurt/M. (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) 2000.

39 So Wolfowitz wiederholt, etwa im Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4); gleichlautend auch in: United States Department of Defense, Henry M. “Scoop” Jackson Distinguished Service Award, a.a.O. (Anm. 35).

40 Siehe hierzu Robert G. Kaufman, Henry M. Jackson, A Life in Politics, Seattle/London (University of Washington Press) 2000, S. 210ff.

tisch nahtlos auf die „Schurkenstaaten“ richtete. Dieses Denken blieb nicht folgenlos, sondern setzte sich politisch-praktisch um. Denn Wolfowitz gehörte zu jenen „hardlinern“, die in die Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ‚ingeschleust‘ wurden; das Ziel war, die Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik der Nixon/Kissinger-Administration zu torpedieren. Wolfowitz trat gegen Ende 1973 in die ACDA ein.<sup>41</sup> Sein persönliches Netzwerk stabilisierte, intensivierte und erweiterte sich. Er blieb vernetzt mit dem Büro von Henry Jackson, dem führenden Détente-Gegner im Senat, vor allem aber mit Richard Perle (Wohlstetters Schwiegersohn), der im Stab des Senators aus dem Bundesstaat Washington der entscheidende Akteur war.

In der ACDA war Wolfowitz nicht mit der Frage der Nichtverbreitung befasst, sondern mit der Rüstungskontrolle in den Supermachtsbeziehungen. 1976 konnte er sein dichotomisches Weltbild und seine Neigung zu überzeichnenden Bedrohungseinschätzungen unter Beweis stellen. Das Team B, das der damalige CIA-Direktor George H.W. Bush einrichtete, bewertete die militärische Gefahr, die von der Sowjetunion ausging, wesentlich höher als die offiziellen Einschätzungen der amerikanischen Regierung. Im Rückblick bekannte Wolfowitz, dass er die alarmistische Auffassung, die UdSSR könne einen Nuklearkrieg führen und gewinnen, nicht geteilt habe; er hielt den Bericht allerdings für einen „nützlichen Guerillaangriff“ auf das herkömmliche Denken der Geheimdienste, wonach die Rivalen der Vereinigten Staaten genauso wie die USA dächten.<sup>42</sup> Jenes instrumentell-taktische Denken zeigt die mentale Flexibilität dieses oft nur als Ideologen charakterisierten Akteurs, es dürfte bei anderen seiner Aktivitäten, etwa in der Rumsfeld-Kommission, zu Buche geschlagen haben.

### **3. Entstehung und Entwicklung von Wolfowitz' Weltbild (II): Präventionsstrategien als zweites Leitmotiv**

#### **3.1 Politische Vorbeugung als Anti-Proliferationsmaßnahme beim jungen Wolfowitz im Zeichen des Ost-West-Konflikts**

Paul Wolfowitz ist noch in anderer Hinsicht bis heute stark von Albert Wohlstetter geprägt, der in den Bezügen von strategischer Überlegenheit und Amerika-Zentrismus dachte. Der Militärstratege wandte sich in Chicago dem Problem der Verbreitung (Proliferation) von Nuklearwaffen vor allem in der Dritten Welt zu. Wolfowitz befasste sich in seiner Doktorarbeit mit dieser Frage, und er tat dies auf eine Weise, in der der Einfluss des Mentors zum einen im Forschungsdesign („Operations Research“), zum anderen im politikberatenden Charakter der Studie sichtbar wurde. In dieser im Frühjahr 1972 eingereichten Dissertation geht es im Kern um eine vorbeugende Strategie der USA gegenüber einem sich nuklearisierenden Nahen Osten, der die Gefahr eines Atomkrieges drastisch

41 Siehe Keller, *Sunshine Warrior*, a.a.O. (Anm. 4), S. 55.

42 Ebd., S. 55.



erhöhen würde. Die nicht veröffentlichte<sup>43</sup> Doktorarbeit trägt den Titel „Nukleare Proliferation im Mittleren Osten: Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte von Vorschlägen zur nuklearen Entsalzung“.<sup>44</sup> Die Forschungsfrage lautete: Welche Auswirkungen auf die politische und militärische Stabilität jener Region und die internationalen Beziehungen insgesamt haben amerikanische Pläne für den Nahen Osten, Meerwasser durch den Bau von Kernkraftwerken zu entsalzen?

Eine knappe lyrische Passage, in der der Autor die mythischen Bilder des Propheten Jesaja von den blühenden Wüsten bemüht, bildet den Auftakt.<sup>45</sup> Daran schließt sich eine intensive wie differenziert-transparente Abwägung der bedeutsamen Argumente auf fast 350 Seiten an. Sie erfüllt alle Standards von Wissenschaftlichkeit. Der Doktorand kommt zu einem eindeutigen Ergebnis, in dem sich gleichzeitig seine zentrale ordnungspolitische Vorstellung für den Mittleren Osten kristallisiert: In der dortigen, durch Feindseligkeiten geprägten Region muss die Entstehung von Nuklearmächten (einschließlich Israel) verhindert werden. Seine entscheidende Schlussfolgerung an Washington lautete, ein chinesisches Sprichwort abändernd, den „gefährlichen Tiger nicht zu reiten“,<sup>46</sup> sprich, keinem Land vermeintlich zivile Kernkraftwerke zur Entsalzung zu liefern. Denn den „Tiger zu reiten“, also große Kernkraftwerke in jene Region zu exportieren, könnte eine Reihe problematischer Maßnahmen erforderlich machen. Auf eine wies der Doktorand besonders hin: Auf vorbeugende „direkte militärische Aktionen“ der USA, eine nuklear betriebene Entsalzungsanlage zu zerstören, *bevor* sie mit der Produktion von bombenfähigem Material beginnt.<sup>47</sup>

Wolfowitz belässt es nicht bei der radikalen exportpolitischen Präventionsmaßnahme, also keine US-Nuklearanlagen in den Nahen Osten zu liefern. Vielmehr rät er auch zu „technologischer Intervention“.<sup>48</sup> Dahinter verbirgt sich nicht der rabiate Befürworter eines Militärschlages, wie wir ihn aus dem letzten Irakkrieg kennen. Im Gegenteil, der Doktorand plädiert konsequent dafür, dass Washington eine nicht-nukleare Entsalzungspolitik als alternative Anti-Proliferationsmaßnahme initiiert. Wie Wohlstetter erteilt

43 In einem Sammelband, der Wolfowitz' Zusammenfassung seiner Dissertation enthält, wird in den Angaben zum Autor auf die „demnächst erscheinende Monographie *Middle East Nuclear Desalting: Economic and Political Considerations*“ hingewiesen. Siehe Paul D. Wolfowitz, *Nuclear Desalting in the Middle East*, in: Richard L. Merritt (Hg.), *Communication in International Politics*, Urbana u.a. (University of Illinois Press) 1972, S. 339-360, Angaben zum Autor auf S. 450. Mir ist nicht bekannt, warum die Doktorarbeit nicht in einem Verlag publiziert wurde.

44 Paul D. Wolfowitz, *Nuclear Proliferation in the Middle East. The Politics and Economics of Proposals for Nuclear Desalting*, Chicago (University of Chicago Dissertation) 1972. – Zu Beginn (ebd., S. ii) merkt der Doktorand dankbar an: „Professor Albert Wohlstetter provided the initial inspiration, as well as unfailing encouragement and advice along the way.“

45 Ebd., S. 1. Der Doktorand belässt es nicht bei diesem Bild, sondern zitiert auch den anderen „prophetischen Traum“ des Friedens für jene Region (ebd., S. 4), den Wolfowitz nach reiflicher Abwägung höher einschätzt (ebd., S. 59), und der sich im Übrigen leitmotivisch durch Wolfowitz' Äußerungen vor allem im Kontext des letzten Irakkrieges zieht.

46 Ebd., S. 61, 64.

47 Ebd., S. 53.

48 Ebd., S. 368ff.

Wolfowitz einer regionalen nuklearen Gleichgewichtspolitik, die die Realisten in der Tradition Hans Morgenthau befürworteten, eine Absage. Wolfowitz argumentiert vom traditionell stabilitätspolitisch orientierten Standpunkt der Status quo-Supermacht USA aus: Um ihren Einfluss und ihre Vormachtstellung auch und gerade in jener Region zu erhalten, muss sie zu den radikalen exportpolitischen Präventionsmaßnahmen der Nicht-Ausfuhr von atomaren Einrichtungen und Materialien greifen. Denn eine zivile und militärische Nuklearisierung des Nahen Ostens stelle unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts gleichzeitig ein Einfallstor für sowjetischen und chinesischen Einfluss dar. Auch der müsse kategorisch verhindert werden. Obwohl Wolfowitz ordnungspolitisch letztlich auf Washington setzt, sieht er – anders als nach dem Ost-West-Konflikt – die Grenzen amerikanischer Macht.

Wohlstetters Schüler Wolfowitz schrieb mit seiner Diagnose von der zentralen Gefahr der Proliferation und mit seinen Politikempfehlungen gegen den Konsens des gesamten politischen Establishments an – und damit gegen eine jahrelang unhinterfragte „Atoms for Peace“-Politik, die einen eindeutigen Trennungsstrich zwischen der Segen bringenden zivilen und der gefährlichen militärischen Kernenergie ziehen zu können glaubte. Der offizielle amerikanische Kurs, den er von engen wirtschaftlichen Interessen und von einem „tiefen Glauben an den wissenschaftlichen Fortschritt“<sup>49</sup> bestimmt sieht, könne für den Weltfrieden wie auch für die US-Interessen katastrophale Folgen zeitigen.<sup>50</sup> Wolfowitz gehörte wie Wohlstetter zu jenen mutigen Außenseitern, die der offiziellen Politik und der Mehrheit der Experten weit voraus waren. Es war erst der indische Kernwaffentest am 18. Mai 1974 – also zwei Jahre nach der Abgabe der Dissertation –, der die gesamte Welt schockierte und insbesondere in den Vereinigten Staaten zu einer intensiven Debatte über die nukleare Nichtverbreitungspolitik führte.

Wolfowitz' Mut und Radikalität relativieren sich jedoch, wenn man sie im gesamten Zusammenhang mit seinen anderen Positionen sieht. So ist sein Skeptizismus gegenüber multilateralen Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen etwa im Rahmen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) unübersehbar. Sie sind für ihn per se kein Erfolgsmittel, auch gegenüber Verträgen bleibt er skeptisch. Dem damals noch jungen Nuklearen Nichtverbreitungs-Abkommen (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) scheint er keine große normenbildende Kraft zuzutrauen, Wolfowitz behandelt es eher am Rande. Diese Skepsis gegenüber dem (damaligen) Inspektionssystem der IAEO ist wohl begründet und plausibel, und auch mit seiner Kritik am NPT steht der Doktorand keinesfalls allein.<sup>51</sup> Deshalb scheint es mir überzogen, daraus für sich genommen Wolfowitz' grund-

49 Ebd., S. 367.

50 Ebd., S. 370.

51 Ich habe diese kritische Position in meiner eigenen Dissertation ebenfalls vertreten. Siehe Bernd W. Kubbig, Nuklearenergie und nukleare Proliferation. Die inneramerikanischen Auseinandersetzungen um die Grundsätze der US-Nonproliferationspolitik 1974-1980, Frankfurt am Main (Haag und Herchen) 1981, passim. Zur fragwürdigen Rolle des NPT führt Wolfowitz kritisch im Hinblick auf Israel aus: „The importance of an Israeli signature of the Nuclear Non-Proliferation Treaty consists primarily in the symbolic value attributable to a formal renunciation of nuclear weapons. There is a danger that the treaty would prevent only actual deployment, while leaving Israel free to complete most of the prior

sätzliche Abwehr gegen Multilateralismus und Vertragswerke abzuleiten. Eine solche ablehnende Haltung ließe sich erst in Zusammenhang mit der oben geschilderten Ablehnung von bilateralen Rüstungskontrollabkommen postulieren.

Insgesamt vermag Wolfowitz die von ihm benannten wichtigen Elemente nicht zu einem kohärenten Anti-Proliferationskonzept zu verbinden, das über die exportpolitische Dimension hinaus andere Komponenten umfasst – etwa multinationale *und* konstruktive *unilaterale* Maßnahmen der späteren Carter-Administration, einseitig im Sinne einer Vorbildfunktion auf die sensitiven Nukleartechnologien im eigenen Lande zu verzichten. Auch eine Verknüpfung zwischen horizontaler und vertikaler<sup>52</sup> Proliferation, wie sie der NPT in Artikel VI vorsieht, findet sich beim jungen Wolfowitz nicht. Dies ist nicht verwunderlich, da Wolfowitz ja der Rüstung und nicht deren Kontrolle den Vorrang einräumt. Im Nuklearen Nichtverbreitungs-Vertrag verpflichten sich die Atommächte hingegen immerhin auf dem Papier, selbst abzurüsten, um den „nuklearen Habenichtsen“ keinen Vorwand zu liefern, ebenfalls Kernwaffenstaat zu werden. Was überrascht, ist, dass der Doktorand, gerade weil er den Nahostkonflikt als einen im Kern politischen Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt analysiert, Washington keine entsprechenden Empfehlungen gibt. Auch andere übergeordnete Fragen, etwa wie die USA die Proliferation durch nukleare Garantien oder durch eine aktive Vermittlerrolle eindämmen könnten, bleiben ausgeblendet. Das Demokratisierungsproblem stellt sich für den Autor überhaupt noch nicht. Der Regimeaspekt spielt nur insofern eine Rolle, als Nuklearexporte an einen dem Westen freundlich gesinnten Staat bei einem entsprechenden Regimewechsel in feindliche Hände geraten könnten. Aber dies war ein Standardargument in der Literatur, und hier handelte es nicht um einen von außen initiierten „regime change“.

Unter wirkungsanalytischem Gesichtspunkt ist indes nicht ersichtlich, dass die radikalen Ansichten aus Wolfowitz' Doktorarbeit in die offiziellen Positionen etwa der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde eingingen, in der er ja ab Ende 1973 selbst tätig war. Denn die ACDA nahm in der US-Regierung gegenüber einigen Aspekten der Nuklearexportpolitik eine *vergleichsweise* kritische Haltung ein; als einzige Behörde erhob sie zudem Einwände gegen die bisherige Ausfuhrpraxis. Dies geschah allerdings erst in den letzten Monaten der Ford-Administration.<sup>53</sup> Für ein grundsätzliches Exportverbot, etwa gegenüber Ländern des Nahen Ostens, plädierte sie jedoch nicht.

### 3.2 Umfassende Prävention zur Verhinderung des Aufstiegs rivalisierender Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Am 8. März 1992, also kurz nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem gewonnenen Zweiten Golfkrieg unter Führung von George Bush (Vater), veröffentlichte die „New

steps in weapons development (...).“ (Wolfowitz, Nuclear Desalting, a.a.O. [Anm. 43], S. 352, Anm. 32). – Derzeit stellt sich dieses Problem vor allem im Hinblick auf den Iran.

52 Verstanden als nukleare Aufrüstung insbesondere der Supermächte.

53 Siehe hierzu Kubbig, Nuklearenergie, a.a.O. (Anm. 51), bes. S. 147.

York Times“ ein Strategiepapier („Defense Planning Guidance“).<sup>54</sup> Dieses unter der Leitung von Wolfowitz zustande gekommene Memorandum, der Zeitung zugespielt und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sorgte weltweit für Aufsehen. Nach mehreren Stationen im Außenministerium (siehe Kapitel 4) bekleidete Wolfowitz nunmehr im von Dick Cheney geleiteten Pentagon den Posten eines Undersecretary of Defense for Policy. In dieser Planungsrichtlinie vom 18. Februar 1992 entwarfen Wolfowitz und seine Mitarbeiter<sup>55</sup> ihr weltordnungspolitisches Modell für eine internationale Konstellation, in der ihr Land nach einer tief greifenden Kräfteverschiebung als einzige Supermacht übrig geblieben und die Welt „einpolig“ geworden war. Das war unbestritten eine neue soziale Tatsache. Aber umstritten war, und zwar sowohl in der Administration als auch unter den protestierenden demokratischen Verbündeten, wie diese Lage zu deuten und welche Schlussfolgerungen daraus für das Selbstbild, das Machtverständnis, das Außenverhalten und die weltordnungspolitische Vision der USA zu ziehen waren.

Die jetzt präsentierte Präventionsstrategie war, anders als die des Doktoranden Wolfowitz, nicht auf den Nahen Osten begrenzt, sondern global ausgerichtet. Um die einmalige Machtposition der USA nachhaltig abzusichern, müsse es fortan das vorrangige Ziel amerikanischer Außenpolitik sein, den Aufstieg neuer Rivalen allgemein zu verhindern – also das Emporkommen der Staaten, die Washington feindlich gesinnt seien, *und* den Aufstieg demokratischer US-Verbündeter wie Deutschland und Japan. Im Mittleren Osten müsse der Zugang zum Öl am Golf gesichert bleiben.

Weitaus deutlicher als in der Dissertation trat nun der Amerika-Zentrismus als Angelpunkt von Wolfowitz' Weltbild zutage, der – Kausalität hin, Korrelation her – deutliche Parallelen zu Wohlstetters Welt aufweist. Sein Credo lautet: Nur auf die Vereinigten Staaten ist als Ordnungsgarant Verlass. Wolfowitz entwirft hier ein Konzept hegemonialer Stabilität, zu dem die Alternative Chaos bedeutet.<sup>56</sup> Die Bedeutung formaler Allianzen wie

54 Siehe auch Washington Post, 11. März 1992.

55 Zum Folgenden siehe die wörtlichen Auszüge aus dem „Ursprünglichen Entwurf“ des Memorandums vom 18. Februar 1992, die denen der entschärften Version vom 16. April 1992 synoptisch gegenübergestellt werden, in: Washington Post, 24. Mai 1992. Wolfowitz hat sich widersprüchlich zur Autorenschaft geäußert. Gegenüber Sam Tanenhaus von „Vanity Fair“ sprach er davon, dass er jene an die Öffentlichkeit gerate Fassung nie gesehen habe, gleichzeitig führte er jedoch aus, dass die Erstellung des Memorandums auf der Grundlage seines ausführlichen Briefings für den damaligen Verteidigungsminister Cheney erfolgte. (Tanenhaus-Interview, a.a.O. [Anm. 30].) Vorher schon hatte er jedoch eindeutig von „my 1992 memorandum“ gesprochen (Paul Wolfowitz, Remembering the Future, in: National Interest, Jg. 79, Nr. 59, Frühjahr 2000, S. 35-45 [S. 36]).

56 So explizit William Kristol. Siehe PBS, Analyses 1992: First Draft of a Grand Strategy, Interview mit William Kristol am 14. Januar 2003 (PBS-Typoskript). Ähnlich damals bereits der neokonservative Publizist Charles Krauthammer, der einer der wenigen war, die das Strategiepapier einhellig begrüßten. Siehe Charles Krauthammer, What's Wrong With the 'Pentagon Paper?', in: Washington Post, 13. März 1992. Krauthammers Antwort, im Untertitel angegeben („It's an impressive blueprint for the new world order“) bringt seinen programmatischen „The Unipolar Moment“-Aufsatz auf den Punkt, der mit dem Wolfowitz-Memorandum hochgradig übereinstimmt. Siehe Charles Krauthammer, The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, Jg. 70, Nr. 1, Winter 1990/91, S. 23-33. Die Kontinuität seines Denkens stellt Krauthammer unter Beweis in neueren publizistischen Einlassungen, etwa: Charles Krauthammer, Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World, Washington, D.C. (The AEI Press) 2004.

die NATO wird den von den USA zweckorientiert zu bildenden ad hoc-„coalitions of the willing“ untergeordnet. Gerade weil die USA in Wolfowitz' „Grand Design“ kein Welt-polizist sein können, müssen sie entsprechend ihrer nationalen Interessenlage wählerisch bleiben. Die Situation, vor der der Doktorand 1972 im Nahen Osten gewarnt hatte, wenn man „den Tiger reitet“ und eine lasche Nuklearexportpolitik betrieb, war nun auf der militärischen Tagesordnung des Undersecretary im Pentagon: Zum ersten Mal enthielt ein Planungsdokument den Begriff der Präemption – also die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, dem Einsatz von A-, B- und C-Waffen seitens eines anderen Landes zuvorzukommen, selbst wenn US-Interessen sonst nicht berührt sind.<sup>57</sup> Mit großem Weitblick entwarf das Memorandum ein militärisches Szenario, in dem die USA zwei Kriege gleichzeitig führen müssen – gegen den Irak und Nordkorea.<sup>58</sup>

Wolfowitz' Planungsrichtlinie vom 18. Februar 1992 wurde durch eine neue Version vom 16. April 1992 entschärft, die unter der Bedingung von „Unipolarität“ die multilaterale Zusammenarbeit stärker betonte. Wolfowitz' zentrale Ideen von Unilateralismus, von politischer und militärischer Prävention blieben in der Schublade. Ihre Zeit war noch nicht gekommen. Aus der Sicht seines neokonservativen Mitstreiters William Kristol, Herausgeber des meinungsführenden Organs „The Weekly Standard“, war Wolfowitz seiner Zeit voraus. Er bezeichnete das Memorandum als „vielleicht prophetisch“. Kristol sah Anfang 2003 Wolfowitz „durch die Geschichte bestätigt“.<sup>59</sup> Die entscheidenden Ideen waren inzwischen in die offizielle Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) der Bush-Administration vom 17. September 2002 eingegangen.<sup>60</sup> Die Hauptautoren des Strategiepapiers von 1992 formulierten die jetzt maßgebliche Sicherheitsstrategie der USA im Zeichen des 11. September mit, unter ihnen wieder Paul Wolfowitz, nunmehr zum Stellvertretenden Verteidigungsminister avanciert.<sup>61</sup>

57 PBS, Analyses 1992: First Draft of a Grand Strategy, Interview mit Barton Gellman am 29. Januar 2003 (PBS-Typoskript). Ob es sich hier wirklich um ‚preemption‘ (Gellman: „But it also said ‚preempt.‘“ – ebd.) oder in Wirklichkeit um ‚prevention‘ handelt, muss offen bleiben. Denn unter militärischer Präemption versteht man in der Regel eine vorzeitige Reaktion auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriff; die gegnerischen Waffen will man also durch das Abfeuern der eigenen Militärpotenziale vernichten, bevor sie Schaden anrichten. Der Terminus der militärischen und (wirtschafts-)politischen Prävention ist hingegen viel weiter gefasst. Hier kann es sich um die vorzeitige militärische Zerstörung von Anlagen und deren Infrastruktur handeln, von denen man annimmt, dass sie irgendwann in der Zukunft zur Produktion von Waffen führen können. Bei (wirtschafts-)politischer Prävention geht es um Maßnahmen, ein derartiges Ziel mit eben diesen Mitteln vorbeugend zu erreichen.

58 Siehe ebd., S. 5.

59 PBS, Interview mit William Kristol, a.a.O. (Anm. 56). Auf Kristols Einschätzung („prophetisch“) angesprochen, meinte Wolfowitz in seiner wohl für ihn typischen Art des ‚understatement‘, sein Memorandum sei eher „vorhersehend“ gewesen (Tanenhaus-Interview, a.a.O. [Anm. 30]).

60 Siehe President of the United States, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, D.C., 17. September 2002 (Typoskript).

61 Der Reporter Barton Gellman, der Anfang 2003 beschrieb, wie das Wolfowitz-Memorandum an die Presse gelangt war und der die nur in Auszügen veröffentlichte ursprüngliche Fassung vom 18. Februar 1992 vollständig kennt, betonte den „very strong overlap“ zwischen jenem Strategiepapier und der National Security Strategy vom September 2002: „You simply have to lay the documents side by side, and you will see huge areas in which they're the same, and frankly very few in which there are striking differences.“ (PBS, Interview mit Barton Gellman, a.a.O. [Anm. 57].) Diese Äußerung gibt Rätsel auf.

Gewiss, die Kontinuität – oder gar Identität – der Verfasser der Papiere von 1992 und 2002 ist frappierend. Nicht von der Hand zu weisen ist zudem: Es war erst „9/11“, der diesem neuen Konzept seine Wucht verlieh. Politische und militärische Prävention war auch jetzt der Kerngedanke. Nicht zu übersehen ist ferner, dass diese stabil gebliebene Dimension im außenpolitischen Weltbild von Wolfowitz kaum mit der „weichen“ Version aus seiner Dissertation von 1972 zu vergleichen ist, als noch der Ost-West-Konflikt den außenpolitischen Aktionsradius der USA maßgeblich einschränkte.

Dennoch dürfen die evolutionären Elemente im Bereich Strategie zwischen 1992 und 2002 nicht übersehen werden. Auch hier gilt, dass Wolfowitz als Protagonist des republikanischen Vormarsches in den USA gesehen werden muss. Er erreichte im November 1994 einen ersten Höhepunkt, als die Republikaner in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit errangen. Für die Innen- und Außenpolitik Clintons war diese neue Machtkonstellation mit einer selbstbewusst, ja aggressiv agierenden Mehrheit im Parlament außerordentlich folgenswer. Der außenpolitische Interventionismus (siehe Kapitel 4) des jahrelang zögerlichen Clinton verstärkte sich, die unilaterale Neigung und die Bedeutung des Rüstungssektors (markanter Anstieg der Verteidigungshaushalte) ebenfalls, militärische Prävention als Anti-Proliferationsmaßnahme wurde keinesfalls mehr ausgeschlossen.

Kurzum, bei aller „revolutionären“ Wirkung des 11. September, der die einzelnen, vorhandenen Elemente unter einer äußerst konservativen US-Regierung zu einer gebündelt neuen „Qualität“ in der National Security Strategy zusammenführte: Die amerikanische Politik bewegte sich, personalistisch gesprochen, bereits unter Clinton unverkennbar auf den Vordenker „Wolfowitz von 1992“ und seine Ideen zu, die zehn Jahre lang – aber eben auch nur teilweise – in einer Warteschleife verharren mussten. Denn Wolfowitz hat nicht zu unrecht selbst wiederholt darauf hingewiesen, dass die Clinton-Administration in wichtigen außenpolitischen Bereichen in der Kontinuität seines Memorandums stand.<sup>62</sup>

Denn das ursprüngliche Memorandum enthält ja offensichtlich gerade nicht die allianzpolitisch-kooperativen Elemente, die die entschärfte Version vom 16. April 1992 kennzeichnen und die auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom 17. September 2002 enthalten sind. Dafür, dass diese offizielle Strategie bei allen Eindeutigkeiten und neuen Elementen auch auf bürokratischen Kompromissen beruht und interpretationsfähig ist, spricht die Deutung, die Außenminister Powell vorgelegt hat; sie betont die kooperativen Elemente. Siehe Colin L. Powell, *A Strategy of Partnerships*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 83, Nr. 1, Januar/Februar 2004, S. 22-34.

- 62 Tanenhaus-Interview, a.a.O. (Anm. 30): „Q: John Lewis Gaddis has said that, that if you look at Clinton’s policy it actually does come out of the ’92 guidance to some extent. Wolfowitz: Not to some extent. It’s pretty much verbatim.“; Wolfowitz ist zurückhaltender in: Wolfowitz, *Remembering*, a.a.O. (Anm. 55), S. 36f. Im Rückblick hat Wolfowitz außerordentlich emotional und abwertend („hysterisch“ – so im Tanenhaus-Interview, a.a.O. [Anm. 30]) auf die Kritik an seinem Strategiepapier reagiert. Er hat die an Wohlstetter erinnernde internationalistisch-interventionistische Grundausrichtung seines Memorandums immer als Kontrapunkt zur isolationistischen Außenpolitik gerade nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verstanden. Für diese Grundorientierung steht der von ihm heftig kritisierte Pat Buchanan. Patrick J. Buchanan, *A Republic, Not an Empire. Reclaiming America’s Destiny*, Washington, D.C. (Regnery Publishing) 1999. – Wolfowitz ist darin zuzustimmen, dass sich die Diskussion bereits in der Ära Clinton vom Gegensatz internationalistisch-interventionistisch versus isolationistisch entfernt hat. Allerdings erweckt er in der Regel wegen seiner Betonung der allianzpolitisch-kooperativen Elemente den Eindruck, als meine er nicht sein Memorandum, sondern die „weichere“ Version vom April 1992.

#### 4. Die Erweiterung von Wolfowitz' Weltbild: Menschenrechte – Demokratisierung – Intervention als drittes Leitmotiv

„(...) Je mehr Sie sich die internationalen Angelegenheiten ansehen, desto mehr erkennen Sie, dass die Verhinderung eines ‚nuklearen Holocaust‘ (‚holocaust of nuclear war‘), die Verhinderung eines konventionellen Krieges und die Sache menschlicher Freiheit wirklich Dinge sind, die Hand in Hand gehen. Sie können wirklich nicht sagen, nun, die Welt kann friedlich sein, so lange die halbe Welt versklavt ist.“<sup>63</sup>

Mit diesen – progressiven – Sätzen, die zum Teil ähnlich in der von Wolfowitz mitverfassten Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 stehen, beschreibt der Stellvertretende Verteidigungsminister rückblickend seinen intellektuellen Paradigmenwechsel. Dieser „paradigm change“ begann mit seiner Tätigkeit 1983 als Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs der Reagan-Administration auf den Philippinen, und er setzte sich in seiner dreijährigen Tätigkeit als Botschafter in Indonesien, dem Inselreich mit der größten muslimischen Bevölkerung, fort. Wolfowitz war nur einer von mehreren ehemaligen „Scoop Jackson Republicans“, die in der neuen republikanischen Administration einen führenden Posten bekamen; dies unterstreicht sowohl die ideelle Herkunft dieser Gruppierung von Neokonservativen als auch ihren Grad an stabiler Vernetzung. Jeane Kirkpatrick wurde UN-Botschafterin, Joshua Muravchik ihr Stellvertreter, Richard Perle Assistant Secretary of Defense (er nahm Frank Gaffney und Douglas Feith in seinen Stab auf), General Rowny wurde zum Chefunterhändler in den strategischen Rüstungskontrollgesprächen mit der UdSSR ernannt, der Sowjetunion-Fachmann Richard Pipes in den Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus berufen, und Max Kampelman erhielt den Posten des Hauptunterhändlers für die Menschenrechtsgespräche mit der Sowjetunion.<sup>64</sup>

Die jahrelangen Erfahrungen in Asien prägten Paul Wolfowitz nachhaltig und fügten seinem Weltbild eine neue Dimension zu. Wie viele Neokonservative<sup>65</sup> hat er versucht, Ronald Reagan zum Ursprung des programmatischen Engagements von Republikanern für demokratische Transformationen zu machen. Dabei war es Wolfowitz selbst, der auf die Übereinstimmungen mit der interventionistischen Außenpolitik Clintons hinwies; sie wurde indes von der Mehrheit der eher zurückhaltend-konservativ denkenden Republikaner skeptisch beurteilt.<sup>66</sup> Dessen ungeachtet hat es den Anschein, dass auch der Neokonservative Wolfowitz der Demokratischen Partei ihre ureigenste Domäne liberaler, demokratiemissionarischer Weltordnungspolitik streitig machen will. Diese Tradition verbindet sich mit dem Namen von US-Präsident Woodrow Wilson aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Wilson hat die blutigste Antinomie eines demokratischen Friedens formuliert,

63 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

64 Siehe Kaufman, Henry M. Jackson, a.a.O. (Anm. 40), S. 407.

65 Siehe z.B. William Kristol/Robert Kagan, *Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 75, Nr. 4, Juli/August 1996, S. 18-32 (S. 32); Krauthammer, *Democratic Realism*, a.a.O. (Anm. 56).

66 Gelegentlich verwies Wolfowitz auch auf die Bedeutung, die die Menschenrechtsfrage, vor allem die Ausreisemöglichkeit jüdischer Bürger aus der UdSSR, für Jackson hatte. (Siehe *United States Department of Defense*, Henry M. „Scoop“ Jackson Distinguished Service Award, a.a.O. [Anm. 35].)

als er es in seiner Botschaft an den Kongress am 2. April 1917 rechtfertigte, einen letzten Krieg für die menschliche Freiheit zu führen – „making the world safe for democracy“ – um Kriege für immer zu beenden.<sup>67</sup> Aber Wolfowitz (wie auch viele andere Neokonservative<sup>68</sup>) setzen sich aus mehreren Gründen von Wilson ab. Er steht für zwei von ihnen abgelehnte Prinzipien: für Multilateralismus (Völkerbund)<sup>69</sup> und für das Selbstverständnis eines US-Hegemons, der sich in seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit einschränkt. Wilson konnte zudem bei der Demokratisierung keine optimistisch stimmende ‚Erfolgsbilanz‘ vorweisen.<sup>70</sup>

Wolfowitz’ Versuch, Ronald Reagan zum Ausgangspunkt des programmatischen Engagements von Republikanern für das Ziel demokratischer Transformationen zu machen, beginnt mit einem Beispiel der Entschlossenheit des gerade gewählten Präsidenten und seiner engsten Beratern im Weißen Haus. Reagans persönlicher Freund, der damalige Stellvertretende Außenminister William Clark, machte sich stark dafür, das Büro für Menschenrechte in seinem Ministerium nicht zu schließen. Dabei hatte der Kongress die Nominierung von Reagans erster Wahl für den Posten des Assistant Secretary for Human Rights gerade abgelehnt.<sup>71</sup> Im Außenministerium waren es die „so genannten Realisten“, die Wolfowitz zufolge dieses Büro „weghaben“ wollten.<sup>72</sup>

Die Fragen der Menschenrechte, der Demokratisierung und der Intervention haben bei Wolfowitz nicht nur eine lange Vorgeschichte, wenn man den letzten Irakkrieg als Bezugspunkt nimmt. Vielmehr weisen sie auch ein beständiges Profil des „demokratischen Realisten“ auf, deren Kernelemente lauten:

1. Maßgeblich, wo und wie die Vereinigten Staaten demokratisieren und intervenieren, bleiben die nationalen Interessen der USA, wie diese von der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern definiert werden.<sup>73</sup> Der Vorrang nationaler US-Interessen gilt besonders für den Einsatz militärischer Gewalt.<sup>74</sup>

67 Making the World “Safe for Democracy”: Woodrow Wilson Asks for War, <http://historymatters.gmu.edu/d/4943.html> [20.9.2004].

68 So beispielsweise Krauthammer, *Democratic Realism*, a.a.O. (Anm. 56), sowie Boot, *Think Again*, a.a.O. (Anm. 9), S. 21.

69 Siehe G. John Ikenberry, *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars*, Princeton (Princeton University Press) 2000, S. 123ff.

70 Siehe Kenneth B. Moss, *Reasserting American Exceptionalism – Confronting the World. The National Security Strategy of the Bush Administration*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2003, S. 135-155 (S. 140).

71 Siehe Wolfowitz, *Remembering*, a.a.O. (Anm. 55), S. 39.

72 Paul D. Wolfowitz, *Asian Democracy and American Interests, The B.C. Lee Lectures*, The Heritage Foundation, Washington, D.C., 2000, S. 4.

73 Paul D. Wolfowitz, *Clinton’s First Year*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 73, Nr. 1, Januar/Februar 1994, S. 28-43 (bes. S. 32).

74 Es müsse ersichtlich sein, dass „die US-Streitkräfte die Ziele unserer nationalen Interessen erreichen können“ und dass eine Erfolgsstrategie – also eine ‚Exitstrategie‘ – vorhanden ist, damit militärische Aktionen nicht in einer „unendlichen Verpflichtung ohne Ausweg enden“. (Hearing of the Senate Armed Services Committee, *Nomination of Paul Wolfowitz to be Deputy Secretary of Defense*, a.a.O. [Anm. 33].)



2. Demokratisierung kann kein absolutes Prinzip amerikanischer Außenpolitik (und anderer demokratischer Staaten) sein. Vielmehr muss man die Förderung von Demokratie von Fall zu Fall entscheiden.<sup>75</sup>
3. Zwischen US-Interessen und -Idealen muss es keine „scharfe Trennung“ geben<sup>76</sup> – Demokratisierung kann vielmehr amerikanischen Interessen dienen.<sup>77</sup>
4. Die Zusammenarbeit mit Diktatoren ist dann moralisch gerechtfertigt, wenn es sich um autoritäre – im Gegensatz zu totalitären – Regimen handelt, die offen für einen evolutionären „institutionellen Wandel“ sind und keines „revolutionären Wechsels“ bedürfen.<sup>78</sup>
5. Freiheit führt letztlich zu Frieden – Beziehungen in einer Welt totalitärer Staaten konstituieren keinen Frieden,<sup>79</sup> auch wenn dies im Umkehrschluss heißen kann, dass demokratische Länder nicht so friedlich sein müssen, wie ihnen unterstellt wird.<sup>80</sup>

Kurzum, die Demokratisierung ist bei Wolfowitz ein – flexibel-opportunistisch zu handhabendes – Element, dem im Falle des Irak (siehe 5.2) eine große Bedeutung zukommt. Zu diesem Profil des „demokratischen Realisten“ Wolfowitz gehört implizit auch die „nicht-demokratische“ Komponente, die er aber, soweit ich sehen kann, nirgendwo explizit anspricht: dass es im dominierenden „nationalen Interesse“ der USA notwendig ist, mit autoritären oder gar totalitären Staaten zu kooperieren; diese wiederum sind jedoch nicht nur wegen ihrer inneren Struktur, sondern auch aufgrund ihres Außenverhaltens mit den demokratischen Prinzipien der amerikanischen Hegemonie unvereinbar. Die von Jeane Kirkpatrick getroffene Unterscheidung zwischen den beiden despotischen Ausprägungen kann als eine moralisch-politische Legitimation verstanden werden, um mit den meisten Regierungen der Welt wegen ihrer prinzipiellen Reformierbarkeit „demokratiekompatibel“ zusammenzuarbeiten. Die – Kritik geradezu einladende – Politik „doppelter Standards“ ist damit programmiert.

Wolfowitz' Erfahrungen mit den Philippinen sind für sein handlungsleitendes Weltbild besonders bedeutsam, auch im Hinblick auf den Irak. In seiner Zeit als Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs war er Mitgestalter eines friedlich-re-

75 Wolfowitz, Remembering, a.a.O. (Anm. 55), S. 41.

76 Wolfowitz, Asian Democracy, a.a.O (Anm. 72), S. 4.

77 Wolfowitz, Remembering, a.a.O. (Anm. 55), S. 39.

78 Wolfowitz, Asian Democracy, a.a.O. (Anm. 72), S. 4. Wolfowitz bezieht sich hier zustimmend auf Jeane Kirkpatrick's für die Außenpolitik der Reagan-Regierung einflussreichen Artikel „Dictatorships and Double Standards“, später erschienen in: David Carlton/Herbert M Levine (Hg.), *The Cold War Debated*, New York u.a. (McGraw-Hill Book Company) 1988, S. 199-214.

79 „Our freedom and world peace depend primarily on our own commitment to our mutual defense and the rule of law. The choice before us is not between peace and freedom. By promoting freedom we build what is ultimately the most secure foundation for peace as well. Nor can we choose peace at the expense of freedom. Life in a world of totalitarian powers would not be peace, nor would peace between them long reign.“ Paul D. Wolfowitz, *The ANZUS Relationship: Alliance Management*, in: Department of State Bulletin, Jg. 84, Nr. 2090, September 1984, S. 60-65 (S. 65).

80 Wolfowitz, Remembering, a.a.O. (Anm. 55), S. 42.

formerischen Regimewandels, der Ferdinand Marcos und seine Clique zum Abdanken zwang. Die Philippinen fielen unter den Bedingungen des dominierenden Ost-West-Konflikts für Wolfowitz exemplarisch in die Kategorie autoritärer, aber zur Reform fähiger Regime, die durch kommunistische Subversion bedroht waren.<sup>81</sup> Dort erschien es aus Wolfowitz' Sicht damals aussichtslos, sowohl die anwachsenden Proteste gegen das Marcos-Regime einzudämmen als auch die Despotie durch einen militärischen Staatsstreich abzuschaffen.<sup>82</sup> Die Filipinos sollten letztlich selbst entscheiden, was sie wollten, und die USA nutzten nach Kräften die „Revitalisierung demokratischer Institutionen“ als das wirksamste Steuerungsmittel.<sup>83</sup> Die Demokratisierung erschien für Washington unabdingbar und vorteilhaft. Denn die sich abzeichnende Alternative – ein kommunistisches Regime – hätte für die Vereinigten Staaten in der gesamten Region bedeutet, im geopolitischen und ideologischen Konkurrenzkampf insbesondere mit den Sowjets in die Hinterhand zu geraten. Das ideelle Ziel der Demokratisierung und der angestrebte evolutionäre Regimewandel waren also keine Werte für sich genommen, sondern fügten sich vorzüglich in das Geflecht übergeordneter US-Interessen ein. Die Unterstützung von Reformen erwies sich damit als der viel versprechende Weg, um in jener Region Stabilitäts-, Friedens- und Freiheitspolitik zu betreiben, die gleichbedeutend war mit einer Sicherung amerikanischer Interessen und Einflussnahme.<sup>84</sup>

Zwischen den gegensätzlichen Demokratisierungsmodellen Philippinen und Irak lagen vier US-Interventionen, die Wolfowitz in den Neunzigerjahren zustimmend oder ablehnend beurteilte. Das zentrale Kriterium des „demokratischen Realisten“ war auch jetzt das nationale Interesse der Vereinigten Staaten: Somalia – hier gab es kein signifikantes US-Interesse; sich dort auf das „nation-building“ einzulassen, war der eigentliche Fehler, weil es eine Überforderung darstellte.<sup>85</sup> Haiti – war für ihn die Anstrengung nicht wert.<sup>86</sup> Dagegen Bosnien und der Kosovo – hier plädierte er für ein US-Engagement, einschließlich Militäraktionen, weil es sich in beiden Fällen um Opfer von anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelte.<sup>87</sup> Vielleicht ist dies das Ereignis, bei dem die Sozialisation des polnischen Emigrantenkindes zu Buche schlug, dessen jüdischer Vater bereits 1920 in die Vereinigten Staaten emigriert war, und dessen Verwandte später in den Konzentrationslagern umkamen.

Im April 2002 äußerte Wolfowitz:

81 Siehe hierzu auch Kirkpatrick, *Dictatorships*, a.a.O. (Anm. 78), S. 199.

82 Wolfowitz, *Asian Democracy*, a.a.O. (Anm. 72), S. 6.

83 Paul D. Wolfowitz, *Recent Developments in the Philippines*, in: *Department of State Bulletin*, Jg. 84, Nr. 2092, November 1984, S. 54-56 (S. 56).

84 Paul D. Wolfowitz, *The Pacific: Region of Promise and Challenge*, in: *Department of State Bulletin*, Jg. 85, Nr. 2097, April 1985, S. 37-41 (bes. S. 40); ders., *FY 1986 Assistance Requests for East Asia and the Pacific*, in: *Department of State Bulletin*, Jg. 85, Nr. 2098, Mai 1985, S. 63-70 (bes. S. 66).

85 Tanenhaus-Interview, a.a.O. (Anm. 30).

86 „I think Haiti was a waste of American effort.“ (Ebd.)

87 Paul D. Wolfowitz/Douglas J. Feith, *The Argument Clinton Isn't Making on Bosnia*, in: *Wall Street Journal*, 28. November 1995; Paul D. Wolfowitz, *...They Must be Equipped to Defend Themselves*, in: *Wall Street Journal*, 12. Dezember 1995.

„(...) das, was in Europa im Zweiten Weltkrieg geschah, hat meine Ansichten über Politik und Außenpolitik im Allgemeinen beträchtlich geprägt. Ich denke, dass es eine schlimme Sache ist, wenn Menschen andere Menschen auslöschen und Menschen Minderheiten verfolgen. Das heißt nicht, dass wir jeden solcher Vorfälle verhindern können (...).“<sup>88</sup>

Pauls Vater hielt diese Vergangenheit in den Gesprächen mit dem heranwachsenden Sohn beständig wach.<sup>89</sup> Diese Sozialisation erklärt mit, warum Wolfowitz nicht nur für schutzbedürftige Minderheiten vor allem auf dem europäischen Kontinent eingetreten ist, sondern warum er Totalitarismus, auch in seiner terroristischen Variante, entschieden bekämpft. Bei ihm,<sup>90</sup> und damit im politischen Washington, ist dieses „Weimar-Syndrom“ gegenwärtig, also die Kombination einer schwachen Republik, des aufkommenden Nazi-Totalitarismus, verbunden mit einer Politik der Beschwichtigung gegenüber einem Diktator wie Hitler. In dieser Form, in seinen geschichtlichen Bezügen und in seinen Schattenseiten, ist der „alte Kontinent“ für Wolfowitz prägend, der – anders als etwa der Emigrant Henry Kissinger – nie wirklich Transatlantiker war.<sup>91</sup>

So sehr Wolfowitz sich in den Achtziger-, und vielleicht noch mehr in den Neunzigerjahren, zu einem „demokratischen Realisten“ oder „pragmatischen Idealisten“ entwickelte, so sehr blieb das Moment des nationalen Interesses letztlich ausschlaggebend für sein Denken und Handeln. Aber das ideelle Moment selbst ist stark, und es ist ebenfalls nicht ohne die Tatsache zu erklären, dass der Akteur Wolfowitz auch Einwandererkind ist:

„Als Sohn eines Immigranten habe ich eine große Wertschätzung dafür, wie glücklich und gesegnet wir sind, in diesem Land zu leben – frei von Verfolgung und Furcht zu leben. Ich glaube seit langem, dass, sogar mehr noch als unsere großen Ressourcen, mehr noch als die Schönheit, die wir alle um uns herum sehen, mehr noch als unsere Schmelztiegel-Kultur und unsere militärische Macht, Amerikas größte Macht ist, wofür es steht.“<sup>92</sup>

In Reagans Amtszeit wurde Wolfowitz auch Zeuge des großen „regime change“ in der Sowjetunion, der gleichzeitig der historische Wandel einer Konfliktformation war. Wolfowitz gehörte zu jenen „hardlinern“, die das autokratische Regime in Moskau mit seinen revolutionären Zielen dafür verantwortlich machten, dass es nicht zu einem gemeinsamen Verhaltenscode und zu einem Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten kommen konn-

88 United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz Interview with New York Times, a.a.O. (Anm. 27).

89 Keller, Sunshine Warrior, a.a.O. (Anm. 4), S. 54.

90 Am deutlichsten war dies im Hinblick auf Saddam Hussein der Fall, wobei die indirekten Parallelen zu Hitler in Wolfowitz' Wortwahl unmissverständlich sind: „We cannot appease him. His appetites cannot be satisfied.“ (United States Department of Defense, American Jewish Committee, Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Capitol Hill, Washington, D.C., 4. Mai 2001 [Typoskript].) Vorher ging Wolfowitz direkt auf Hitler ein.

91 Natürlich hat auch Wolfowitz gerade in seiner Funktion als Deputy Secretary of Defense etwa die Bedeutung der NATO unterstrichen. Das erinnert aber eher an Pflichtübungen denn an wirkliche Neigung. Wolfowitz' Blick ist in erster Linie auf Asien gerichtet.

92 „Bridging the Dangerous Gap between the West and the Muslim World“. Remarks Prepared for Delivery by Deputy Secretary Paul Wolfowitz at the World Affairs Council, Monterey, CA, 3. Mai 2002 (Typoskript). Gleichlautend, aber ohne Bezug zum Emigranten-Aspekt: United States Department of Defense, National Memorial Day Observance. Remarks by Deputy Secretary Paul Wolfowitz, Arlington National Cemetery, Arlington, VA, 27. Mai 2002 (Typoskript).

te. Deshalb war aus seiner Sicht die Entspannungspolitik der Nixon/Kissinger-Administration von Anfang an zum Scheitern verurteilt.<sup>93</sup> Im Hinblick auf den ideologischen Hauptgegner von einst hat Wolfowitz ebenfalls wiederholt die „amerikanischen Ideale“ als das „vielleicht stärkste Instrument“ der USA bezeichnet, um das sowjetische Imperium zu schwächen und schließlich aufzulösen, mächtiger als die enormen Rüstungskapazitäten.<sup>94</sup> „Demokratie“ erwies sich selbst bei dieser historischen Transformation als „Machtinstrument“.<sup>95</sup> Was seine Argumentation ausblendet, ist, dass das von ihm grundsätzlich abgelehnte und bekämpfte Entspannungskonzept durchaus eine reformorientierte Umsetzung „westlicher“ (also keinesfalls nur „amerikanischer“) „Ideale“ war; zudem leistete die Dé-tente-politik einen Beitrag zum friedlichen Zusammenbruch der UdSSR.

Der oftmals nur revolutionären Rhetorik stand zudem eine pragmatisch-moderate Praxis gegenüber, die sich mit dem Namen des – von Wolfowitz verehrten – Außenministers George Shultz verband. Aber selbst Wolfowitz war sich der Tatsache bewusst, dass die Demokratieförderung der USA an ihre Grenzen stoßen könne.<sup>96</sup> Das gilt wegen des totalitären Charakters nicht nur für die Sowjetunion bis kurz vor ihrem Zusammenbruch, sondern im Übrigen auch im Hinblick auf China. Ein demokratisches China, so Wolfowitz, dürfte sich auch friedlicher verhalten; damit argumentiert er wie ein vorsichtiger Vertreter des demokratischen Friedens, der um die „Antinomien“ dieses Konzepts zu wissen scheint.<sup>97</sup>

## 5. Herausforderung für Wolfowitz' Weltbild: Die Irakfrage im Schatten des 11. September

### 5.1 Saddam Hussein in Wolfowitz' Visier – Zur Vorgeschichte des Irakkrieges

Seit Mitte der Neunzigerjahre konzentrierte Wolfowitz seine Aktivitäten darauf, den Despoten Saddam Hussein zu stürzen; mit seinem Memorandum von 1992 hatte er die großen welt- und regionalordnungspolitischen Pflöcke längst eingerammt. Saddam Hussein wurde zu seiner Obsession.<sup>98</sup> Das Aufkommen einer feindlichen Macht, noch dazu in jener für die „vitalen Interessen“ der USA und des Westens entscheidenden Region, war inakzeptabel.

93 Siehe Paul D. Wolfowitz, Preserving Nuclear Peace in the 1980s, in: Department of State Bulletin, Jg. 82, Nr. 2066, September 1982, S. 32-37 (S. 34).

94 Wolfowitz, Asian Democracy, a.a.O. (Anm. 72), S. 4f.

95 United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz Interview with Baltimore Sun, 12. April 2002 (Typoskript).

96 Siehe Wolfowitz, Remembering, a.a.O. (Anm. 55), S. 39.

97 Siehe Wolfowitz, Asian Democracy, a.a.O. (Anm. 72), S. 8.

98 Dies scheint Wolfowitz zumindest später selbst ‚gedämmert‘ zu haben: „At the heart of it Saddam Hussein is the source of the threat. Some people have said don't over personalize this.“ (United States Department of Defense, Deputy Secretary of Defense Wolfowitz Interview with New York Times, 28. Juli 2001 [Typoskript].)

So steht es auch explizit („Iraq's position is unacceptable“) in jenem von Wolfowitz mit unterzeichneten „Offenen Brief“ vom 19. Februar 1998 an Präsident Bill Clinton (die stattliche Unterschriftenliste ist ein „Who is Who?“ des neokonservativen Netzwerks und weist Wolfowitz als dessen offenbar gut eingebundenen Akteur aus).<sup>99</sup> Dieser „Offene Brief“ erklärte die bisherige – als „statisch“ abqualifizierte – Eindämmungspolitik der USA aus UN-Sanktionen und nadelstichartigen Bombardements militärischer Anlagen für gescheitert. Die führenden neokonservativen Intellektuellen forderten einen Strategiewechsel in der amerikanischen Irakpolitik.

Das neue Konzept soll an der politischen Achillesferse von Saddams Terrorregime ansetzen: seiner mangelnden Unterstützung durch sein eigenes Volk. Versuche, Saddam Hussein durch coup d'états zu beseitigen, hätten sich als nicht möglich erwiesen, der reformerische Weg wie auf den Philippinen sei ebenfalls nicht gangbar; denn in Bagdad herrsche ein totalitäres Regime, das für den evolutionären Wandel autoritärer Systeme nicht offen sei.<sup>100</sup> Die Unterstützung irakischer Aufständischer im Innern und militärischer Druck von außen sollten zu den Kernelementen des neuen Konzepts werden.<sup>101</sup>

Da der reformerische Weg anders als auf den Philippinen bei Saddams totalitärer Herrschaft nicht möglich war, stellte sich die Regimefrage jetzt, um ein Sicherheits- und Stabilitätsproblem zu lösen, und nur hierüber vermittelt ergab sich auch das Problem, eine Demokratie im Irak zu etablieren. Damals war der Regimewandel in Bagdad für Wolfowitz noch nicht das Ereignis, von dem die gesamte demokratische Transformation des Nahen und Mittleren Ostens ausgehen sollte.

In einem ebenfalls programmatischen „Offenen Brief“ mit dem Signum des „Project for the New American Century“ vom 26. Januar 1998 argumentieren die 18 neokonservativen Unterzeichner ausschließlich interessen-, bündnis- und stabilitätspolitisch: Massenvernichtungsmittel in den Händen von Saddam Hussein bedrohten „die Sicherheit amerikanischer Truppen in der Region, die unserer Freunde und Verbündeten wie Israel und der gemäßigten arabischen Staaten, und ein bedeutsamer Teil der Ölversorgung der Welt wird aufs Spiel gesetzt“.<sup>102</sup> Vom brutalen Diktator und der Verletzung der Menschenrechte durch das Terrorregime war in diesem Schreiben nicht die Rede, auch nicht

99 Open Letter to the President. Committee for Peace and Security in the Gulf, Washington, D.C., 19. Februar 1998 (Typoskript). Zu den Unterzeichnern gehört allerdings auch eine Reihe von moderateren Konservativen – ein Indiz dafür, dass der Regimewechsel in Bagdad nicht nur auf die „Neokons“ beschränkt blieb.

100 Bei dieser Unterscheidung ist der Bezug zu Jeane Kirkpatrick's programmatischen Überlegungen erneut offensichtlich. Siehe Kirkpatrick, Dictatorships, a.a.O. (Anm. 78).

101 So Wolfowitz pointiert am 25. März 1998 vor dem Senate Armed Service Committee (Typoskript). Entsprechend setzen die Vorschläge der Unterzeichner des „Offenen Briefes“ vom 19. Februar 1998 (hieraus sind auch die folgenden Zitate) im Irak an; dort sollten die Aufständischen unterstützt und gestärkt werden, indem im Norden und Süden „sichere Zonen“ erweitert bzw. geschaffen werden, die die Einflusszonen Saddams Schritt für Schritt verminderten. Gleichzeitig sollten amerikanische Bodentruppen („ground force equipment“) in jener Region, die die Aufständischen unterstützen und beschützen, stationiert werden.

102 Project for the New American Century“, Offener Brief an Präsident William J. Clinton, 26. Januar 1998, <http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm> [3.8.2004].

von der Schaffung einer Demokratie, wohl aber davon, den Regimewechsel notfalls ohne die UNO durchzuführen. Ziel und Methode, wie diese 18 hervorragend vernetzten Neokonservativen das Regime in Bagdad beseitigen wollten, waren hier bereits vorgezeichnet. An dieses Skript hielten sie sich, als sie Regierungsämter in der Bush-Administration übernahmen. Das schloss nicht aus, dass sie mit der lediglich formellen Einbindung der UNO vorübergehend Zugeständnisse an die gemäßigten „konservativen Realisten“ machen mussten, die Außenminister Colin Powell in der Regierung repräsentiert.

Anders als in jenen „Offenen Briefen“ sprach Wolfowitz in seinen eigenen Erklärungen die humanitäre Dimension ab Mitte der Neunzigerjahre beständig an; allerdings wollte er das Irakproblem nicht „nur“ auf diesen Aspekt reduziert wissen: „Irak ist keine Episode; es geht hier um vitale amerikanische Interessen. Wir haben viel Boden verloren. Die USA haben ihre Verpflichtung, ein belagertes Volk gegen den blutrünstigen Diktator zu beschützen, fast aufgegeben.“ Die Irakfrage habe „riesige strategische Konsequenzen für die amerikanische Glaubwürdigkeit in dieser zentralen Region und darüber hinaus“. <sup>103</sup> Soweit ich sehen kann, spielte der Demokratie-Aspekt damals noch keine Rolle. <sup>104</sup> Dass Wolfowitz die Notwendigkeit, die Oppositionellen im Irak zu beschützen, beständig betonte, dürfte auch mit dem „unfinished business“ im Kontext des von Bush (Vater) geführten Zweiten Golfkrieges zu tun zu haben – „offen gebliebene Rechnungen“ aber nicht in dem Sinne, dass man damals schon Saddam Hussein durch den Marsch auf Bagdad hätte beseitigen sollen. <sup>105</sup>

Aus der Sicht von William Kristol hatten er selbst, Charles Krauthammer und auch Wolfowitz eine „offene Rechnung“ mit sich selbst zu begleichen. Sie betraf ihr Fehlverhalten Anfang 1991. Damals hatte Bush (Vater) die Iraker zur Rebellion ermutigt – und dann zugesehen, wie Saddam Hussein die Aufständischen abschlachtete:

„Das war ein Schlüsselerlebnis (key moment). Ich weiß, dass Paul Wolfowitz in jenem Augenblick sehr unglücklich war und argumentiert hatte, dass wir intervenieren sollten. (...) Ein paar Wochen später waren wir (Wolfowitz, er selbst und Charles Krauthammer, B.W.K) uns ziemlich im Klaren darüber, dass wir einen Fehler gemacht hatten. Es ist aber nicht so, dass wir die nächsten zehn Jahre darüber nachgedacht hätten, diesen Fehler wieder gutzumachen. Aber ich glaube, nach dem 11. September fanden sie (sic!) wirklich, dass es eine Gelegenheit gab, im Irak das Richtige zu tun.“ <sup>106</sup>

Wie bereits erwähnt, hatte das ‚Emigrantenkind‘ ja selbst eingeräumt, dass man bedauerlicherweise nicht in allen Fällen für den Schutz von gefährdeten Minderheiten von außen intervenieren könne. <sup>107</sup>

103 Paul Wolfowitz, Clinton’s Bay of Pig, in: Wall Street Journal, 27. September 1996.

104 Dieser Befund ergibt sich vor allem mit Blick auf Wolfowitz’ Erklärungen vor dem Kongress im Jahre 1998.

105 In seinen öffentlichen Erklärungen hat Wolfowitz den Marsch auf Bagdad und den Sturz Saddam Husseins immer abgelehnt (dies gilt im Übrigen auch für andere Neokonservative wie William Kristol).

106 PBS, Interview mit William Kristol, a.a.O. (Anm. 56).

107 Siehe Zitat im Text zu Anm. 88.

Die humanitäre Dimension zog sich, auch in ihrer untergeordneten Bedeutung, durch Wolfowitz' Argumentation bis in die Zeit des Irakkrieges und stellte für ihn einen offiziellen Kriegsgrund dar (siehe 5.2).

## 5.2 Der „Doppelcharakter“ des 11. September: Kulturbestimmend und instrumentalisierbar

Überraschung, überzeichnete Gefahren, Denken in Schwarz-Weiß, die besondere Rolle des Militärischen – die vorbeugenden Strategien – die Demokratisierungs- und Interventionsfrage: Ein geschichtliches Ereignis wie der 11. September be- und verstärkte die einzelnen Elemente in Wolfowitz' Weltbild, veränderte sie und ordnete sie neu. Gerade Paul Wolfowitz war es, der sich wie kaum ein anderer US-Politiker unter dem Eindruck von Pearl Harbor mit dem Problem der Überraschung befasst hatte. Und doch erlebte er an jenem Dienstag im September sein intellektuelles Waterloo. Die Anschläge trafen ihn auf dem falschen Fuß, denn er dachte als erstes an ein Erdbeben, als das Pentagon getroffen wurde. Terroristen waren kaum auf seinem ‚inneren Radar‘, er sah sie hauptsächlich außerhalb der USA aktiv. Auf amerikanischem Territorium befürchtete er allenfalls den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, nicht aber den von Zivilflugzeugen.<sup>108</sup> Als Deputy Secretary of Defense war der Irak ohnehin nicht sein offizieller Arbeitsschwerpunkt. Seit seinem Amtsantritt widmete er die meiste Zeit dem anderen „unfinished business“, den Raketenabwehr-Vertrag aufzukündigen.

Wolfowitz blieb aber auch dabei auf den Diktator in Bagdad fixiert. Er versuchte, wo immer er konnte – aber meistens sehr bemüht –, eine Verbindung zwischen den zu forzierenden US-Raketenabwehrplänen und Saddam Husseins Raketenaktivitäten herzustellen. Am 6. August 2001 fragte ihn ein Reporter, ob das US-Abwehrsystem gegen Raketen etwa aus dem Irak, Iran und Nordkorea oder China schützen sollte: „Ist es ein ‚freelance‘-Terrorist wie Osama bin Laden, der eine ICBM (Interkontinentalrakete, B.W.K.) hat?“ In seiner Antwort bezeichnete Wolfowitz Nordkorea als Hauptbedrohung, den Irak stufte er als derzeit geringere aber perspektivisch mögliche Gefahr ein, während er auf die Chinesen und Osama bin Laden überhaupt nicht einging.<sup>109</sup> Wie Richard Clarke, der oberste Koordinator der Anti-Terrormaßnahmen berichtet, vermochte sich der frisch berufene Deputy Secretary vor dem 11. September nicht vorzustellen, dass hinter den Anschlägen etwa von 1993 ein substaatliches terroristisches Netzwerk stehen könne, das ohne die operative Unterstützung von Staaten arbeitete (damals war in der Nähe des World Trade Center eine Autobombe explodiert). Wolfowitz wies auf den irakischen Terrorismus hin und erklärte Clark Anfang 2001: „Die Tatsache, dass FBI und CIA die Ver-

108 United States Department of Defense, Joint Inquiry Hearing on Counterterrorist Center Customer Perspective, Testimony, as delivered to the Senate Select Committee on Intelligence and the House Permanent Select Committee on Intelligence, 19. September 2002 (mündliches Statement): „I, in general, perceived the threat to be at our interests overseas, primarily in the Gulf, some in Southeast Asia, and most definitely in Israel.“

109 United States Department of Defense, Wolfowitz Interview with Charles Jaco, KMOX News Radio, 6. August 2001 (Typoskript).

bindungen (zu Saddam, B.W.K.) nicht aufgedeckt haben, heißt nicht, dass sie nicht existieren.<sup>110</sup>

Dass Wolfowitz' Deutung der Ereignisse vom 11. September 2001 durch seine Pearl Harbor-Sicht, also seiner Interpretation des 7. Dezember 1941, geprägt ist, wird allein daran deutlich, dass er pointiert das Schlüsselwort benennt: „Die Überraschung ist wieder da.“<sup>111</sup> Man mag es als Akt der indirekten Selbstkritik deuten, dass er aus dem Vorwort des Nuklearstrategen Thomas Schelling zu Roberta Wohlstetters Pearl-Harbor Buch zitierend, von der „Armut an Erwartungen“ („poverty of expectations“) als *der* Gefahr spricht. Bedingt durch seine Verarbeitung von Pearl Harbor blieb er auf die Staatenwelt fixiert, seine Phantasie war zu arm, um sich die beiden terroristischen Angriffe vorzustellen. Mit explizitem Bezug zu Roberta Wohlstetter und ihrem „superben“ Buch „Pearl Harbor“ griff er die Kernthesen ihres Werkes auf.<sup>112</sup> Nicht zufällig war, dass er Osama bin Laden in einem Atemzug mit Saddam Hussein nannte.<sup>113</sup> Denn so sehr jetzt substaatliche Akteure fester Bestandteil seines außenpolitischen Weltbildes wurden, so sehr sah der Stellvertretende Verteidigungsminister sie nicht atomisiert, sondern fortan nur eng vereint mit staatlichen Helfershelfern.

Die von den Terroristen am 11. September verübten Anschläge stellten einerseits eine Gefahr für Wolfowitz' jahrelanges Hauptanliegen dar, Saddam Hussein zu beseitigen. Andererseits boten sie aber auch die Chance, den Irak in eine umfassende Anti-Terrorstrategie mit einzubauen, die die Wahrscheinlichkeit, den Regimewechsel in Bagdad herbeizuführen, beträchtlich erhöhte. Diese letztere, optimistische Option galt aber nur dann, wenn die Bekämpfung *nicht* auf die in „9/11“ verwickelten Terroristen und auf den Staat Afghanistan, in dem Osama bin Laden agierte, beschränkt blieb, sondern umfassend angelegt war. Bereits unmittelbar nach dem 11. September befürwortete Wolfowitz deshalb in den geheimen Sitzungen des „Vorkriegs-Kabinetts“ einen möglichst frühen Waffengang gegen den Irak.<sup>114</sup>

110 Richard A. Clarke, *Against All Enemies. Inside America's War on Terror*, New York u.a. (Free Press) 2004, S. 232 (meine Übersetzung aus der amerikanischen Fassung).

111 United States Department of Defense, Prepared Statement for the House and Senate Armed Services Committees, a.a.O. (Anm. 34).

112 United States Department of Defense, Joint Inquiry Hearing on Counterterrorist Center Customer Perspective, a.a.O. (Anm. 108); siehe auch United States Department of Defense, Prepared Statement for the House and Senate Armed Services Committees, a.a.O. (Anm. 34).

113 Siehe United States Department of Defense, Joint Inquiry Hearing on Counterterrorist Center Customer Perspective, a.a.O. (Anm. 108).

114 Siehe Bob Woodward, *Bush at War*, New York u.a. (Simon & Schuster) 2002, S. 65, siehe auch S. 76f., 100. In seinem letzten Buch reduziert Woodward die Rolle von Wolfowitz bei den Kriegsplanungen darauf, dass er, wie auch Cheney, seine Erfahrungen aus dem Zweiten Golfkrieg über die Reaktionen der Irak-Nachbarn einbrachte. Siehe Bob Woodward, *Plan of Attack*, New York u.a. (Simon & Schuster) 2004, S. 21f.



Vor dem „Amerikanischen Jüdischen Kongress“ hatte er seine umfassende Strategie erstmals kämpferisch vorgestellt.<sup>115</sup> Sich nach dem 11. September auf Bin Laden und „ein paar wichtige Genossen“ zu konzentrieren, sei ihm wie eine „Vogel Strauß-Politik“ vorgekommen.<sup>116</sup> Die Grundsatzentscheidung des Präsidenten für diesen umfassenden Krieg gegen den Terror mit einem festen Platz für den Irak war das Jahr 2001 über nicht ganz sicher. Allerdings war Bushs „Achse des Bösen“-Rhetorik in seiner „Rede zur Lage der Nation“ Anfang 2002 ein klares Indiz dafür, dass sich der Präsident mehr für das umfassende Konzept aussprach.<sup>117</sup> Bush und mit ihm wohl auch der Vizechef des Pentagon wollten nach dem 11. September eine große Antwort („to do something big“).<sup>118</sup> Wolfowitz vertrat jedoch nach außen die Auffassung, als habe es in der Administration einen Konsens darüber gegeben, dass Bin Laden „niemals ‚der Fokus‘ gewesen sei, auf den sich die Aufmerksamkeit gerichtet habe:

„(...) der Präsident und Minister Rumsfeld haben von Beginn an klar gemacht, dass es nicht um einen einzelnen Mann geht. Es geht nicht nur um Afghanistan. Al-Qaida verbirgt sich in etwa 60 Ländern dieser Welt, auch in den Vereinigten Staaten. Und es ist nicht nur ein einzelnes Terror-Netzwerk. Es geht um einen Komplex globaler Terror-Netzwerke und um die Staaten, die diese unterstützen.“<sup>119</sup>

Saddam Hussein konnte in dieser Logik nur dann Teil des Anti-Terrorkrieges werden, wenn man ihm Verbindungen zu Al-Qaida nachwies oder Anhaltspunkte dafür fand, dass er Terroristen Massenvernichtungsmittel in die Hand geben könne.<sup>120</sup> Und: Nach den verheerenden Erfahrungen des 11.9. verbiete es sich, ein weiteres Mal zu warten und zu spät kommen – ab jetzt müsse die „smoking gun“<sup>121</sup> vor ihrem Einsatz unschädlich gemacht werden: „We got to act preventively.“<sup>122</sup> Das ist die Renaissance von Wolfowitz' altem Präventionsgedanken, der nun aber als offizielle Doktrin kodifiziert wird und mit dem Irak im Visier nicht nur auf dem Papier verharret. Insgesamt, so scheint es, schlägt Wolfowitz' Unterschätzung der Gefahren des 11. September in eine Überschätzung der Bedrohung von Seiten Saddam Husseins und in eine panische Überreaktion um.

115 Siehe United States Department of Defense, Distinguished Civilian Service Awards, „Advancing the Cause of Freedom“. Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, 22. Oktober 2002 (Typoskript).

116 So Wolfowitz rückblickend im September 2003. Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

117 PBS, Interview mit William Kristol, a.a.O. (Anm. 56).

118 So Richard A. Clarke, *Against All Enemies*, a.a.O. (Anm. 110), S. 265.

119 United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz at Brookings Harvard Forum, a.a.O. (Anm. 14).

120 Der 11. September war für Wolfowitz ein „wake-up call that as bad as that was, as bad as it was to lose 3,000 people in a day, to lose 30,000 or 300,000, or God forbid, 3,000,000, is simply not something you live with“. (United States Department of Defense, Government Electronics and Information Technology Association, Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Vienna, VA, 30. Oktober 2002 [Typoskript, Statement in der Frage- und Antwortphase].)

121 „The dots are there for all to connect. (...) We cannot afford to wait (...) until we have a smoking gun, for a gun smokes only after it's been fired.“ (United States Department of Defense, Joint Inquiry Hearing on Counterterrorist Center Customer Perspective [mündliches Statement], a.a.O. [Anm. 108].)

122 Ebd.

Dass der 11. September in der Tat vieles von Grund auf veränderte, schloss auch die Begründungen für den Irakkrieg ein. Von den interessen-, bündnis- und stabilitätspolitischen Faktoren, die vor jenem Dienstag auch von Wolfowitz für einen Regimewechsel angegeben wurden, ist nach dem 11. September bei ihm mit Ausnahme der Massenvernichtungsmittel nicht mehr die Rede (aber selbst deren Bedeutung verlagert sich). Drei offizielle Gründe für einen blutigen Waffengang hat Wolfowitz seitdem immer wieder genannt: Bagdads Massenvernichtungsmittel, Saddams Unterstützung für den Terrorismus und die kriminelle Behandlung des irakischen Volkes. Der Hauptgrund war für den stellvertretenden Pentagon-Chef jedoch die Verbindung zwischen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus. Der bereits genannte dritte Grund – der einem US-Gesetz den Namen „Iraq Liberation Act“ gegeben hatte –, war für Wolfowitz auch jetzt nicht die wichtigste Motivation für einen blutigen Waffengang. Der Stellvertretende Verteidigungsminister im Rückblick klärend: Die humanitäre Dimension bzw. die Befreiung der Iraker sei „für sich genommen (...) ein Grund, den Irakern zu helfen, aber sie ist kein Grund, das Leben amerikanischer Kinder in Gefahr zu bringen, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, in dem wir das getan haben“<sup>123</sup> – auch wenn Wolfowitz ein halbes Jahr später die humanitäre Situation im Irak nach einem Gefängnisbesuch in Bagdad mit Worten beschreibt, die eher an ein Konzentrationslager erinnern :

„Ich habe das Abu Ghureib-Gefängnis besucht, in dem etwas zwischen 30.000 und 100.000 Menschen hingerichtet wurden. Es ist wie eine Hinrichtungskammer im industriellen Stil.“<sup>124</sup>

In der Bush-Administration wurden diese Kriegsgründe in unterschiedlichem Ausmaß geteilt. Konsens bestand über die Massenvernichtungsmittel,<sup>125</sup> während es laut Wolfowitz über den Terrorismus-Grund die tiefsten Meinungsunterschiede gab. Die Art und Weise, wie „Vanity Fair“-Journalist Sam Tanenhaus die von Wolfowitz’ genannten Kriegsgründe wiedergab,<sup>126</sup> bewirkten, dass die Bush-Administration und besonders Wolfowitz weltweit in die Kritik gerieten. Ihr Tenor: Die Massenvernichtungsmittel seien nur ein vorge-schobener Kriegsgrund.<sup>127</sup>

123 Tanenhaus-Interview, a.a.O. (Anm. 30).

124 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

125 “The truth is that for reasons that have a lot to do with the U.S. government bureaucracy we settled on the one issue that everyone could agree on which was weapons of mass destruction as the core reason, but – Hold on one second. (Pause) (...)

Wolfowitz: there have always been three fundamental concerns. One is weapons of mass destruction, the second is support for terrorism, the third is the criminal treatment of the Iraqi people. Actually I guess you could say there's a fourth overriding one which is the connection between the first two.

(...) Wolfowitz: The third one by itself, as I think I said earlier, is a reason to help the Iraqis but it's not a reason to put American kids' lives at risk, certainly not on the scale we did it. That second issue about links to terrorism is the one about which there's the most disagreement within the bureaucracy, even though I think everyone agrees that we killed 100 or so of an al Qaeda group in northern Iraq in this recent go-around, that we've arrested that al Qaeda guy in Baghdad who was connected to this guy Zarqawi whom Powell spoke about in his UN presentation.“ (Tanenhaus-Interview, a.a.O. [Anm. 30].)

126 Siehe ebd.

127 Siehe z.B. Süddeutsche Zeitung, 31. April/1. Mai 2003.

Im Zeichen des 11. September stellte sich auch die Demokratiefrage für den Irak völlig neu. Sie wurde nun zur auch geographisch umfassenden Demokratisierungsfrage – ein Regimewandel in Bagdad sollte nicht in erster Linie der Menschenrechtsproblematik dienen, sondern als Teil einer groß angelegten Transformationsstrategie im „Greater Middle East“ den terroristischen Sumpf austrocknen. Dies ist der politische Kern der National Security Strategy, das ist auch der Kern von Wolfowitz' neuer Argumentation. Der Stellvertretende Verteidigungsminister präsentierte von nun an Demokratie und amerikanische Interessen als Teil des globalen Kampfes gegen den Terrorismus. Er definierte ihn als „Krieg der Ideen“. <sup>128</sup> Um den Kreuzzugsgedanken gegen *die* muslimische Welt im Keim zu ersticken, <sup>129</sup> setzte er sich von Samuel Huntingtons „clash of civilizations“ wiederholt explizit ab. <sup>130</sup> Denn es ging ja gerade darum, die muslimische Welt für den Krieg gegen den Terror zu gewinnen und die Terroristen sowie ihre staatlichen Helfershelfer zu brandmarken und zu isolieren. Der Deputy Secretary of Defense betonte deshalb die grundsätzliche Vereinbarkeit von Demokratie und Islam. Hierfür führte er die Türkei als gelungenes Beispiel an und unterstrich die Toleranz des Islam, die er persönlich in den achtziger Jahren als Botschafter in Indonesien erlebt habe. Nur wenn Demokratie und Islam vereinbar waren, erschien es plausibel, die amerikanischen bzw. westlichen Werte für universell und im Prinzip für exportierbar zu halten. Freiheit und Demokratie = Frieden und Wohlstand als attraktive Alternative zum Terrorismus – auf diese Formel lief die gesamte Argumentation des Vizechefs im Pentagon zu. Dabei sieht Wolfowitz die Hauptursachen des Terrorismus nicht in der Armut, sondern in „Jammer, Ressentiment und Neid“ <sup>131</sup> gerade unter den jungen Männern, von denen mancher erfolgreich für die entsprechenden Aktivitäten angeworben werde.

Die Begriffe Demokratie und Freiheit hatten zudem eine unmissverständliche Mobilisierungsfunktion nach innen, um die Amerikaner für einen Waffengang zu gewinnen. Wolfowitz brachte immer wieder die heroische Tradition der Republikaner zum Klingen. Abraham Lincoln und stärker noch Ronald Reagan führte er als Gewährsleute für den Siegeszug von Demokratie und Freiheit an. Wie in keiner seiner Äußerungen vor dem 11. September hob Wolfowitz von nun an das Freiheitsbedürfnis der Menschen als den Hauptmotor in der Geschichte der Menschheit hervor. Sein früherer Geschichtspessimismus oder zumindest -skeptizismus schien gänzlich verfliegen. <sup>132</sup> Nicht zufällig war auch

128 “Bridging the Dangerous Gap between the West and the Muslim World”, a.a.O. (Anm. 92).

129 Präsident Bush hatte anfangs vom „crusade“ gesprochen, dann aber diesen Begriff aus seinem öffentlich verwendeten Wortschatz gestrichen.

130 “Bridging the Dangerous Gap between the West and the Muslim World”, a.a.O. (Anm. 92). – Ironischerweise hat die von Wolfowitz befürwortete Politik im Irak aber genau jenen „clash“ mit bewirkt, von dem Huntington spricht (siehe hierzu 6.2).

131 United States Department of Defense, Government Electronics and Information Technology Association, a.a.O. (Anm. 120).

132 Diese skeptische Haltung hatte er wiederholt in der Auseinandersetzung mit Norman Angell zum Ausdruck gebracht. Der hatte unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg außerordentlich optimistische – und gleichzeitig unhaltbare – Thesen über den Fortgang der Geschichte vertreten. (Siehe hierzu Paul D. Wolfowitz, Bridging Centuries. Fin de Siècle All Over Again, in: National Interest, Nr. 47, Frühjahr 1997, S. 3-8 [S. 5f.] )

Pearl Harbor als Mobilisierungsfaktor ständig präsent. Wolfowitz deutete jenes historische Ereignis als Ausdruck amerikanischer Entschlossenheit, die er dadurch verstärkte, dass er praktisch in jeder Rede Churchill zitierte. Angesichts der gewaltigen Energien, die die USA nach Pearl Harbor demonstriert hatten, verglich der britische Premier die Vereinigten Staaten mit einem „gigantic boiler“.<sup>133</sup>

Zudem setzte Wolfowitz in seinen Werbezügen für einen möglicherweise blutigen „regime change“ seine positiven Erfahrungen aus den Achtzigerjahren in Asien gezielt ein. Zunächst habe es dort nur das demokratische Japan gegeben, und dann habe die Demokratie ihren Siegeszug in einer Reihe von Ländern wie Taiwan und Korea angetreten. Auch im gesamten Nahen und Mittleren Ostens könnten Freiheit und Demokratisierung ebenfalls eine Modernisierung in Gang setzen, um so die Wurzeln des Terrorismus auszurotten.<sup>134</sup> Ohne die USA für ein altruistisches Land zu halten, konstatiert der Stellvertretende Verteidigungsminister, dass „unsere Interessen in einer Weise durch unsere Werte definiert (sind), die sie viel mehr in Einklang mit den Interessen anderer Menschen bringt“. Deshalb stellte sich für Wolfowitz das Problem auch gar nicht, dass die USA diese Ideen anderen aufzwingen könnten. Die Menschen sollten selbst entscheiden – wie seinerzeit auf den Philippinen – und wenn sie das täten und befreit wären, dann diene dies auch amerikanischen Interessen.<sup>135</sup>

Diese Argumentation ist bei ihm nicht neu, sie wird durch den 11. September jedoch dringlicher. Bereits vor dem historischen Ereignis hatte Wolfowitz formuliert, dass sich der Prozess der Demokratisierung nur durch „Interaktion“ und nicht durch „Zwang“ durchführen lasse.<sup>136</sup> Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum er in seinem dichotomischen Weltbild nur ein „evil empire“, nicht aber die USA als „gutes Imperium“ denken kann: „Es gibt die Möglichkeit der Gemeinsamkeit von Interessen, die in dem alten (sic!) imperialen System nicht existierte.“<sup>137</sup> Wer als „demokratischer Realist“ oder „pragmatischer Idealist“ dafür einsteht, der Welt die Demokratie nur auf friedlich-freiheitliche Weise zu bringen, der setzt sich angesichts des von ihm vehement befürworteten Irakkrieges einem fundamentalen Ideologieverdacht aus.

133 Stellvertretend für unzählige Reden: United States Department of Defense, American Institute of Aeronautics and Astronautics, Remarks as Delivered by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, D.C., 19. Februar 2002, S. (Typoskript). Der Hinweis auf Pearl Harbor gehörte aber schon vor dem 11. September beständig zu Wolfowitz' mobilisierender und legitimierender Rhetorik. Siehe beispielhaft: United States Department of Defense, Commencement Address at the U.S. Military Academy, West Point. Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Michie Stadium, West Point, NY, 2. Juni 2001 (Typoskript).

134 Siehe United States Department of Defense, Deputy Secretary of Defense Wolfowitz Interview with New York Times, a.a.O. (Anm. 27). In die National Security Strategy gehen diese Erfahrungen fast wörtlich ein (siehe President of the United States, National Security Strategy [Anm. 60], S. 3) – und belegen einmal mehr, wie sehr diese die Handschrift des Stellvertretenden Verteidigungsministers trägt.

135 Siehe United States Department of Defense, Deputy Secretary of Defense Wolfowitz Interview with New York Times, a.a.O. (Anm. 27); siehe auch Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

136 Im Original heißt es pointiert: „We must proceed by interaction and indirection, not imposition.“ (Wolfowitz, Remembering, a.a.O. [Anm. 55], S. 39.)

137 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

Ein solcher Verdacht liegt auch im Hinblick auf die offiziellen Kriegsgründe nahe. Hier drängt sich, wie bei Pearl Harbor, der Doppelcharakter des epochalen Ereignisses vom 11. September auf: Inwiefern wird es kulturbestimmend, inwiefern politikbildend und (un-)wissentlich eingesetzt, um die „eigentlichen Interessen“ der USA durch einen blutigen Waffengang durchzusetzen? Gewiss, Wolfowitz hat die Unwägbarkeiten und Instabilitäten, die mit einem Krieg und mit einer Demokratisierung verbunden sein könnten, abgewogen und mögliche Risiken in Kauf genommen; er hat diese Gefahren akzeptiert und das stabilitätsorientierte Denken der Kriegsgegner verworfen, das aus seiner Sicht auf einen nicht annehmbaren Zustand der „Friedhofsruhe“ hinauslief.<sup>138</sup> Dennoch ist der Vorwurf von der Instrumentalisierung angeblich eindeutiger Fakten nicht von der Hand zu weisen.<sup>139</sup> Dort war das Ziel – weg mit Saddam Hussein – und hier war die Methode: Die Tatsachen gegebenenfalls entsprechend hinzudrehen, um die Notwendigkeit eines blutigen Waffenganges zu untermauern.<sup>140</sup> Der diesjährige Träger des Hessischen Friedenspreises, Hans Blix, hat diese fragwürdige Methode beispielhaft hervorgehoben:

„Diese Regierung (in den Vereinigten Staaten, BWK) war gegenüber den Geheimdiensten auf Glauben eingestellt und betrieb Spionage praktisch von oben nach unten: Wir haben die Antworten, gebt uns die geheimdienstlichen Informationen, um diese Antworten zu untermauern.“<sup>141</sup>

Dass sich die offiziellen Kriegsgründe als Fata Morgana herausgestellt haben,<sup>142</sup> rückt zum einen die vor dem 11. September erwähnten interessen-, bündnis- und stabilitätspolitischen Gründe umso stärker in den Vordergrund; nach den Anschlägen wurden sie ja ausgeblendet oder bestritten, auch von Wolfowitz (etwa das US-Interesse an der gesicherten Ölversorgung).<sup>143</sup> Die Interessen- und Motivlage von Wolfowitz und seiner neokonservativen Verbündeten für den Krieg war also vielfältig verursacht bzw. überdeterminiert, dies auch aufgrund der Verbindung des unkritisch-missionarischen Selbstbildes und den – überschätzten – militärischen Machtmitteln. Dieser Waffengang lässt sich deshalb nicht auf einen Weltordnungs- oder Demokratisierungskrieg reduzieren. Aus meiner Sicht ist er

138 United States Department of Defense, Defense Forum Foundation. Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Rayburn Office Building, Washington, D.C., 18. Oktober 2002 (Typoskript)

139 Wolfowitz sah die Existenz von Massenvernichtungswaffen nicht als Möglichkeit, sondern als Tatsache an: „(...) we know he (Saddam Hussein, B.W.K.) has these weapons (...)“ (United States Department of Defense, Deputy Secretary Wolfowitz Interview with U.S. News and World Report, 4. Oktober 2002 [Typoskript].)

140 Wolfowitz bediente sich vor dem Hintergrund der Gefahr, die von Saddam Hussein ausgehe, etwa im Hinblick auf eine inakzeptable Verbindung zwischen Terrorismus und Massenvernichtungsmitteln der sophistischen Unterscheidung von „evidence“ und „proof“. Man warte „for proof beyond a reasonable doubt“, aber – und dies war im Kern eine bedeutende Korrektur seiner vorherigen Position – Wolfowitz ging nicht davon aus, dass es auf der operativen Ebene jemals eine Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaida gegeben habe. (United States Department of Defense, Wolfowitz Interview with San Francisco Chronicle, 23. Februar 2002 [Typoskript].)

141 Hans Blix, Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München (Droemer) 2004, S. 330. Blix zitiert hier Greg Thielmann, der bis Sommer 2002 im US-Außenministerium für die Erstellung der offiziellen Bedrohungseinschätzungen aller elf amerikanischen Geheimdienste zuständig war.

142 Für viele: Die Welt, 18. Mai 2004; Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 2004; International Herald Tribune, 17. Juni 2004; Welt Kompakt, 17. Juni 2004.

143 Siehe Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

vielleicht sogar in erster Linie ein Interessenkrieg – Interessen, wie sie die 18 Unterzeichner des oben erwähnten „Offenen Briefes“ im Sinne des gesicherten Zugriffs auf das Öl, des Schutzes eigener Truppen und des Staates Israel sowie des übergreifenden regionalen Stabilitätsziels explizit definiert haben.

Zu dieser traditionellen Trias amerikanischer Interessen oder Ziele in jener Region kommt allerdings zumindest für Wolfowitz (und wohl für die meisten Neokonservativen innerhalb der Bush-Administration) die Demokratisierung als neues Element hinzu. Die Stabilität in jener Region kann nicht mehr lediglich erhalten werden, sondern sie muss vielmehr durch einen grundlegenden Wandel in jener Region hergestellt werden. Der Demokratisierungsaspekt spielte bei Paul Wolfowitz im Hinblick auf den Irak erst nach dem 11. September als Teil des globalen Anti-Terrorkampfes eine motivierende, mobilisierende – und damit wichtige – Rolle. Insgesamt erweist sich Wolfowitz hier als „demokratischer Realist“ und weniger als „revolutionärer Visionär“. Das evolutionäre Moment wird in seiner eigenen Argumentation auf mehrfache Weise verstärkt: Er hat den Irak als „Sonderfall“<sup>144</sup> eingestuft; für andere – bezeichnenderweise befreundete – autoritäre Länder des Nahen Ostens wie Jordanien und Marokko sowie für das fundamentalistische Saudi-Arabien erachtet er den Weg von Reformen als viel versprechend; und für einen „Wechsel“ im Iran hält er eher politische als militärische Mittel für angemessen.<sup>145</sup> Entscheidend bleibt die jeweilige Definition der nationalen Interessen der USA.

### 5.3 Ähnliche Weltbilder – unterschiedliche ideelle Quellen: Wolfowitz als verdächtiger „Leo-Kon“

Wo die offiziellen Kriegsgründe fragwürdig werden, kann sich berechtigte Grundsatzkritik zu Verschwörungs„theorien“ steigern. Dies geschah auch im Fall des Irakkrieges. In der US-Öffentlichkeit wurde zunehmend der Vorwurf „nobler Lügen“ (Leo Strauss) gegen die Bush-Administration erhoben. Ein kleiner elitärer Machtzirkel aus vornehmlich jüdischen Entscheidungsträgern, so der Vorwurf, habe den Krieg geplant.<sup>146</sup> Dabei spielten israelfreundliche Interessen eine wesentliche Rolle.<sup>147</sup> Diese Verschwörungs„theorie“ brachte

144 Ebd.

145 Ebd. – Zum Begriff des islamischen Fundamentalismus siehe Semiramis Akbari, Iran zwischen amerikanischem und innenpolitischem Druck. Rückfall ins Mittelalter oder pragmatischer Umbruch?, HSEK-Report 1/2004, Frankfurt/M. (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) 2004, passim.

146 Dieser Vorwurf ist schon deshalb unhaltbar, weil viele führende Politiker wie Bush, Cheney, Rice und Rumsfeld keine Juden sind. Siehe hierzu Robert J. Lieber, The Neoconservative-Conspiracy Theory: Pure Myth, in: The Chronicle Review, Jg. 49, Nr. 34, 2. Mai 2003, <http://chronicle.com/free/v49/i34/34b01401.htm> [5.10.2004]. – Den Ausdruck „noble Lügen“ bezieht Strauss nicht auf die Politiker, sondern auf die Philosophen, die, um sich zu schützen oder gar zu überleben, zu Lügen greifen müssen. Siehe hierzu sowie zum Werk und zum Einfluss die grundlegende Studie von Harald Bluhm, Die Ordnung der Ordnung. Das politische Philosophieren von Leo Strauss, Berlin (Akademie Verlag) 2002, bes. S. 115; siehe auch Clemens Kauffmann, Leo Strauss zur Einführung, Hamburg (Junius Verlag) 1997.

147 In der Bush-Administration gilt Wolfowitz als der israelfreundlichste Spitzenpolitiker. Ob dies der Fall ist, muss ich offen lassen, auch wenn seine Ansprachen vor jüdischen Organisationen große Sympathien für Israel erkennen lassen. Auf die Frage, ob er pro-israelisch sei, antwortete er: „Ich bin pro-amerikanisch, denke ich.“ (Siehe hierzu auch Keller, Sunshine Warrior, a.a.O. [Anm. 4], S. 96.) Als seine po-

einen politischen Philosophen weltweit – und damit auch auf den Feuilletonseiten deutscher Zeitungen – ins Rampenlicht, den bis dahin kaum jemand kannte: Leo Strauss, der 1899 in Kirchhain in Hessen geborene und 1938 in die USA ausgewanderte politische Philosoph, der zu den einflussreichsten deutschen Emigranten des letzten Jahrhunderts gezählt werden kann.<sup>148</sup> Der 1973 verstorbene Leo Strauss wurde über Nacht von einem wichtigen Ideengeber der Neokonservativen (der er fraglos ist)<sup>149</sup> zum Drahtzieher des Machtzirkels (der er aus meiner Sicht nicht ist).<sup>150</sup> Für viele Kommentatoren war Wolfowitz der wichtigste „Leo-Kon“.<sup>151</sup>

Der Stellvertretende Verteidigungsminister hat sich zum Vorwurf der Konspiration nur widerwillig geäußert. Er empfand ihn als „ziemlich schändlich“ und erklärte ihn als eine typische irrationale – „ruchlose“ – Reaktion auf eine tiefgreifende Richtungsänderung in der US-Außenpolitik. Einen Eigenanteil am Aufkommen der Vorwürfe sah Paul Wolfowitz indes nicht. Denn er nahm für sich und die Administration in Anspruch, dass die Argumente in punkto Irakkrieg „nicht hätten transparenter sein können“.<sup>152</sup> Diese Einschätzung ist mit dem Befund dieser Studie (siehe 5.2) nicht vereinbar; aus meiner Sicht sind die überzeichneten Einwände ein Ausdruck der Kritik an der Irakpolitik und ihrer nicht-transparenten, in jedem Falle für unglaubwürdig gehaltenen, Begründung für den blutigen Waffengang.

Zur ‚Leo Strauss-connection‘: In der Tat hat der Student Wolfowitz beim Chicagoer Philosophen zwei Seminare besucht (das eine über Montesquieu, das andere über Platon). Aber es ist „lachhaft“ (wie der Stellvertretende Verteidigungsminister selbst angemerkt hat), daraus Konsequenzen für Wolfowitz' Haltung zur US-Außenpolitik im Allgemeinen oder zur Irakfrage im Besonderen abzuleiten.<sup>153</sup> Mit der Verve, mit der Wolfowitz sich als Schüler von Wohlstetter immer wieder bekannt und die Bedeutung seines „geliebten Doktorvaters“ hervorgehoben hat, wies er es von sich, ein Schüler von Leo Strauss zu

litischen Zielvorstellungen gibt er – völlig im Einklang mit der offiziellen Linie der Bush-Regierung – die Koexistenz zweier israelisch-palästinensischer Staaten an. (Siehe Goldberg-Interview, a.a.O. [Anm. 4].) Dass Wolfowitz den Terror gegenüber Israel für die Hauptquelle des Konfliktes hält, könnte in seiner Rhetorik darauf hindeuten, dass er gegenüber diesem Land positiver eingestellt ist. Der Vizechef des Pentagon hat gegenüber einer solchen Festlegung etwa mit dem Hinweis reagiert, dass er Mitte Mai 2002 auf einer pro-israelischen Demonstration ausgebuht worden sei, als er sagte: „Innocent Palestinians are suffering and dying in great numbers as well (boos from crowd.)“ (United States Department of Defense, Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Transcript of remarks at Pro-Israel Rally, West Front of United States Capitol, Washington, D.C., 15. April 2002 [Typoskript]; siehe auch New York Times, 11. Mai 2002.)

148 Stellvertretend für die konspirativen Artikel zu Leo Strauss: Robert Locke, Leo Strauss, Conservative Mastermind, in: FrontPageMagazine.com, 31. Mai 2002, <http://www.frontpagemag.com/Articles/ReadArticle.asp?ID=1233> [4.8.2004].

149 Siehe hierzu vor allem Bluhm, Die Ordnung der Ordnung, a.a.O. (Anm. 146), passim.

150 Siehe Robert Locke, Conservative Mastermind, a.a.O. (Anm. 148); siehe auch Shadia B. Drury, Leo Strauss and the American Right, New York (St. Martin's Press) 1999, S. 3.

151 Siehe ebd., S. 3. Drury nennt dort Wolfowitz unter den „Straussians“ an erster Stelle; siehe auch Alain Frachon/Daniel Vernet, Le stratège et le philosophe, in: Le Monde, 15. April 2003.

152 Tanenhaus-Interview, a.a.O. (Anm. 30).

153 Ebd.

sein.<sup>154</sup> Beides ist plausibel, obwohl es zwischen ihm und Strauss durchaus eine intellektuelle Wahlverwandtschaft gibt. So ist das Denken in Freund-Feind-Schemata, das für Wolfowitz zentral ist, die klassische Grundsituation Carl Schmitts, mit dem sich Leo Strauss intensiv auseinandergesetzt hat.<sup>155</sup> Aber wer bei Albert und Roberta Wohlstetter, Senator Jackson und bei seinem eigenen Vater in die Schule gegangen ist, wer Reagan und Churchill als Hauptgewährsleute für sein Denken und Handeln fortwährend zitiert, der kann – muss aber nicht – auch noch ein „Leo-Kon“ sein.

Vor allem aber gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen dem politischen Philosophen und dem Polit-Strategen (ganz zu schweigen davon, dass sich Strauss kaum zu außen- und weltordnungspolitischen und praktisch gar nicht zu aktuellen Fragen geäußert hat):

1. Zentral ist für Leo Strauss die Verknüpfung zwischen der Krise der Moderne und der Krise der liberalen Demokratie. Der dezidierte Gegenaufklärer Leo Strauss brandmarkt den mit der Aufklärung verbundenen unbedingten Fortschrittsglauben, Machbarkeitswahn und Egalitarismus. In die öffentliche Kritik geriet Strauss wegen seines Verhältnisses zur Demokratie, das man bestenfalls als ambivalent bezeichnen kann.<sup>156</sup> Paul Wolfowitz hingegen will insbesondere nach dem 11. September die Welt mit den Werten des Westens modernisieren – das ist ein klares Gegenprogramm zu Leo Strauss.
2. Leo Strauss hat in „The City and Man“ (1964) explizit vor dem liberalen Idealismus gewarnt, der meint, „um die Welt für die westlichen Demokratien sicher zu machen, müsse man den ganzen Globus demokratisch machen, jedes Land für sich sowie die Gemeinschaft der Nationen“.<sup>157</sup> Deutlicher kann man keine Gegenposition zum dezidierten Demokratisierungsprogramm von Wolfowitz einnehmen.
3. Dadurch, dass Leo Strauss das Problem der selbstgefährdeten Demokratie am Beispiel Weimars in engem Zusammenhang mit dem Totalitarismusproblem erörtert, könnte sich hier theoretisch ein weiterer Anknüpfungspunkt ergeben. Allerdings hat Strauss „der Ermordung der Juden und all den anderen Schrecken des 20. Jahrhunderts kaum ausführlichere Erörterungen gewidmet. Er gehört nicht zu jenen Denkern, die den Versuch unternahmen, ‚Auschwitz zu denken‘ (...).“<sup>158</sup> In diesem Bereich hatte Wolfowitz seinen Vater als Mentor.

154 Ebd. Wolfowitz hat mit Recht darauf hingewiesen, dass Wohlstetter und Strauss wissenschaftsgeschichtlich aus nicht nur unterschiedlichen, sondern geradezu gegensätzlichen Traditionen kommen (ebd.).

155 Leo Strauss, Anmerkungen zu Carl Schmitt, der Begriff des Politischen, in: Leo Strauss, Gesammelte Schriften, Band 3, Hobbes' politische Wissenschaft und zugehörige Schriften – Briefe, hg. von Heinrich und Wiebke Meier, Stuttgart/Weimar (J. B. Metzler) 2001, S. 217-238; siehe hierzu auch: Heinrich Meier, Leo Strauss und „Der Begriff des Politischen“. Zu einem Dialog unter Abwesenden, Stuttgart (J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung) 1988, S. 9-96.

156 Siehe z.B. Bluhm, Die Ordnung der Ordnung, a.a.O. (Anm. 148), S. 257ff.; Drury, Leo Strauss and the American Right, a.a.O. (Anm. 150), bes. S. 4ff.; Kinzel, Platonische Kulturkritik in Amerika, a.a.O. (Anm. 28), S. 71ff.

157 Zitiert nach: Thomas L. Pangle, Leo Strauss's Perspectives on Modern Politics, S. 26 (Typoskript).

158 Kinzel, Platonische Kulturkritik in Amerika, a.a.O. (Anm. 28), S. 72, Anm. 48.



Es erscheint in der Tat grundsätzlich „lachhaft“, aus der Platon-Lektüre bei Leo Strauss konkrete Schlussfolgerungen auf die amerikanische Außenpolitik zu ziehen – und dann noch in der kurzschlüssigen Art, wie William Kristol dies unternommen hat. Der Herausgeber des neokonservativen Sprachrohrs „The Weekly Standard“ hat Präsident Bushs Befürwortung des „regime change“ als ein „insgesamt nicht unwürdiges Produkt“ bezeichnet, das auf die Rehabilitation des zentralen Begriffs der „Ordnung“ (engl.: „regime“) im Werk von Leo Strauss zurückzuführen sei.<sup>159</sup> William Kristols Inanspruchnahme von Leo Strauss, so fragwürdig sie ist, veranschaulicht beispielhaft den Einfluss des Chicagoer Philosophen auf die Neokonservativen: Gerade seine Politikferne macht ihn, zusätzlich zu seiner Kulturkritik an der Moderne und am Werteverfall, für viele aktualistische Deutungen und Bezüge offen.<sup>160</sup>

## **6. Wolfowitz' Weltbild, die Welt im Irak und die transatlantische Dimension: Zusammenfassung und Perspektiven**

### **6.1 Facetten des außenpolitischen Weltbildes im Längsschnitt als Resümee**

Albert und Roberta Wohlstetter, Henry Jackson, Jack Wolfowitz und, deutlich abgestuft, Abraham Lincoln, Ronald Reagan und Winston Churchill – das sind die geistigen Mentoren, aus denen sich das handlungsanleitende Denken von Paul Wolfowitz (und vieler Neokonservativer) in außenpolitischen Fragen speist. Diese Personen sind bei aller Individualität Akteure, die für politische und strategische Programme stehen. Sie verweisen auf die politische Kultur der USA und hier wiederum auf eine Linie, die zum einen den Status amerikanischer Auserwähltheit betont. Zum anderen befindet sich Wolfowitz, auch wenn er sich vehement von ihr absetzt, in einer Traditionslinie des missionarischen Demokratieexports in alle Welt, die sich mit dem Namen Woodrow Wilson verbindet.

Nicht zu übersehen ist zudem die Gegenwärtigkeit von Weimar – das Aufkommen des Totalitarismus im Kontext einer schwachen Demokratie und einer westlichen Beschwichtigungspolitik – als weitere ideelle Quelle im Denken von Wolfowitz. Auf diese Weise ist auch das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte beim politischen Akteur Wolfowitz in Washington präsent, wenn es um die energische Bekämpfung des Terrorismus und des Schutzes von Minderheiten geht. Leo Strauss hingegen ist – allen Konspirationsbemühungen der Kommentatoren und Medien zum Trotz – keine Bezugsperson, die Wolfowitz' Denken direkt angeleitet hat. Eine indirekte Wirkung ergibt sich allerdings über mehrere führende neokonservative Straussianer. Sie dürften in der „sozialen Praxis“

159 Steve Lenzner/William Kristol, What was Leo Strauss up to?, in: The Public Interest, Nr. 153, Herbst 2003, S. 19-39 (zitiert nach: Archived Issue – Fall 2003, bes. S. 11), <http://www.thepublicinterest.com/archives/2003fall/article1.html> [4.8.2004].

160 Siehe Bluhm, Die Ordnung der Ordnung, a.a.O (Anm. 146), bes. S. 333.

des Netzwerks dadurch einen Einfluss auf den umstrittenen Wolfowitz ausüben, dass sie ihn in seinen Positionen bestätigen und bestärken.

Die drei großen Dimensionen von Wolfowitz' Weltbild, die ich im Längsschnitt als Leitmotive herausgearbeitet habe, sind von beträchtlicher Konstanz; das Moment der Flexibilität ist aber dennoch unübersehbar. Von größter, auch inhaltlicher Kontinuität und Kohärenz ist der Komplex überzeichnete Bedrohung, das Denken in Gut und Böse und die überragende Bedeutung des Militärischen. Bei den Präventionskonzepten findet ein Wandel zwischen 1972 und 1992 statt, aber für die politisch maßgeblichen Konzepte des Entscheidungsträgers Wolfowitz von 1992 („Defense Planning Guidance“) und 2002 (Nationale Sicherheitsstrategie) ist die Kontinuität frappierend. Die Gründe hierfür weisen über Wolfowitz hinaus auf die Dynamik des Vormarsches der Neokonservativen vor allem seit ihrem Erdrutschsieg im November 1994 in Senat und Repräsentantenhaus. Das dritte Leitmotiv, das Interesse an der Demokratisierung anderer Länder oder gar Regionen, setzt erst in der Ära Reagan ein und nimmt nach dem 11.9. im Kontext des Irakkrieges einen hohen Stellenwert ein. Die Demokratisierung jener Region, so scheint es, ist für Wolfowitz (und nicht nur für ihn) zu einem Element der Interessen- und Zielstruktur amerikanischer Außenpolitik geworden; es bleibt abzuwarten, wie intensiv und dauerhaft diese Konfiguration sein wird.

Die Wirkung der Ideen (also der Konzepte und Vorschläge) des Pendlers zwischen den Welten der Universität und der Regierungsbürokratie sind sicherlich unterschiedlich. Als besonders einflussreich haben sich sein Memorandum von 1992 und seine Mitarbeit an der National Security Strategy erwiesen. Anders als der Historiker John Lewis Gaddis<sup>161</sup> halte ich aber einen Vergleich mit dem historischen Beginn der US-Eindämpfungspolitik gegenüber der Sowjetunion noch für verfrüht. Insgesamt ist Wolfowitz' außerordentlich gute Vernetzung in der (neo-)konservativen Elite und im Ensemble ihrer intellektuellen Institutionen auffallend; sie ist auch eine wesentliche Erfolgsbedingung seiner Ideen. Eine besondere Bedeutung kam den historischen Meilensteinen der US-Außenpolitik in Form des 7.12.1941 und des 11.9.2001 auch für Wolfowitz zu. Die „Struktur“ der internationalen Umwelt prägte ihn, und er verstand sie als Akteur zu instrumentalisieren – er, der selbst ernannte „demokratische Realist“.

## 6.2 Wolfowitz und die Welt des Irak im Herbst 2004

„Lassen Sie uns ein hypothetisches Beispiel nehmen – lassen Sie uns die reale Welt betrachten.“ So zitiert Wolfowitz einen Lieblingssatz von Albert Wohlstetter.<sup>162</sup> Nehmen wir das nahe liegende reale Beispiel Irak. Ohne einen einzelnen Akteur – auch wenn er so maßgeblich ist wie Wolfowitz – für die insgesamt negativen Entwicklungen im Irak bis

161 Siehe PBS, *Analyses 1992: First Draft of a Grand Strategy*, Interview mit John Lewis Gaddis am 16. Januar 2003 (PBS-Typoskript); John Lewis Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*, Cambridge, Mass. u.a. (Harvard University Press) 2004.

162 Paul D. Wolfowitz, *Present Trends and Future Consequences in the Asia-Pacific Region*, in: Andrew W. Marshall/J.J. Martin/Henry S. Rowen, *On Not Confusing Ourselves. Essays on National Security Strategy in Honor of Albert and Roberta Wohlstetter*, Boulder u.a. (Westview Press) 1991, S. 234-247 (S. 234).

zum Herbst 2004 verantwortlich machen zu können: Einige Elemente seines Weltbildes dürften doch zu Fehleinschätzungen und damit zu Fehlplanungen in der US-Politik geführt haben. Mein Hauptpunkt ist, dass Wolfowitz' Amerika-Zentriertheit und seine missionsdemokratische Überdehnung der amerikanisch/westlichen Werte eine äußerst folgenschwere Blindheit erzeugt haben.

Im Sinne meiner Argumentation lässt sich der schillernd-komplexe Akteur Paul Wolfowitz zwar nicht auf diese Dimension reduzieren. Denn als „demokratischer Realist“ ist er auch ein abwägender Taktiker, kalkulierender Stratege und ein sich primär vom nationalen Interesse der USA anleitender Politiker. Zudem denkt er in großen, ja historischen Zeiträumen, wenn er dies für opportun hält. Der von Verteidigungsminister Rumsfeld und ihm selbst befürwortete Hochtechnologie-Krieg setzte ganz auf das Überraschen der Iraker und damit auf Zeit. Gleichzeitig vernachlässigte er den Faktor „Masse“ im Sinne von ausreichenden Bodentruppen. Man mag es für eine blanke Immunisierungstaktik gegenüber der Kritik halten, die wegen der schlechten Umsetzung der guten neokonservativen Ideen auch aus den eigenen Reihen immer stärker wird.<sup>163</sup> Aber Wolfowitz scheint, nicht zuletzt mit Blick auf die Erfahrungen in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, unbeirrbar an einer mittel- oder gar langfristigen Irakstrategie der USA im Zweistromland festzuhalten.<sup>164</sup> Trotz dieses Monitums möchte ich mich im Folgenden auf die blinden Flecken im Weltbild von Wolfowitz konzentrieren, wenn es um die derzeitige Wirklichkeit im Irak geht:

1. Wer von seiner demokratischen Nation und ihren demokratischen Werten so überzeugt ist, wer Werte und Interessen so gleichsetzt wie Wolfowitz, der musste (verstärkt noch unter dem aktuellen Eindruck von Afghanistan) davon ausgehen, dass die US-Truppen als Befreier „bejubelt“<sup>165</sup> werden – der musste blind dafür sein, dass eine solche sich spontan ergebende Akzeptanz möglich, aber nicht selbstverständlich ist.
2. Wer die eigene Nation so unkritisch sieht und ihre Werte so verabsolutiert, der übersieht offenbar, dass sich auch die nationalen Überbringer dieser Werte, in der Hauptsache Soldaten, sich entsprechend demokratie- und wertekonform verhalten müssen. Nur das schafft auf der Basis von Glaubwürdigkeit und Vertrauen die erwünschte Akzeptanz.

163 Siehe z.B. Max Boot, *Bush's team is dysfunctional, not duplicitous*, in: *Financial Times*, 17. Juni 2004; Interview mit Francis Fukuyama, in: *Die Welt*, 11. September 2004.

164 Siehe hierzu United States Department of Defense, *Statement Before the Senate Armed Services Committee*, 20. April 2004 (Typoskript), sowie United States Department of Defense, *Prepared Statement For the House Armed Services Committee As Prepared for Delivery by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz*, Washington, D.C., 22. Juni 2004 (Typoskript); siehe auch *New York Times*, 23. Juni 2004.

165 „(...) on this issue about broader instability in the Middle East, I think when people see huge crowds in Basra and Kirkuk and Mosul and Baghdad eventually cheering the arrival of American troops, and saying, 'Why didn't you come sooner,' I think the air will go out of a lot of whatever excitement there may be temporarily.“ (United States Department of Defense, *Deputy Secretary Wolfowitz Interview with U.S. News and World Report*, 4. Oktober 2002, [Typoskript]).

3. Wer so nationalistisch und überlegen-arrogant denkt, der ordnet Mittel an und führt Methoden ein, die die Differenz zwischen den befreienden Demokraten und dem unterdrückenden Diktator, von dem das Volk befreit werden sollte, unkenntlich machen.
4. Wer so sehr die Freiheit als Motor der Geschichte hervorhebt, der hätte zum einen damit rechnen müssen, dass der Freiheitsdrang auch die Befreiten umfasst und sich vor allem dann gegen die Befreier richtet, wenn aus ihnen längst Besatzer geworden sind – und er hätte zum anderen damit rechnen müssen, dass der Verdacht, die Demokratisierung sei ein Mittel der USA, die Ölpolitik des Irak zu kontrollieren, weiterhin bestehen bleibt.<sup>166</sup>
5. Wer aufgrund dieses distanzlosen Verhältnisses zur eigenen Nation und ihren Werten und mit einem derartigen demokratiemissionarischen Eifer einen Krieg plant, der überschätzt die eigene Macht, unterschätzt die der gut organisierten Guerillakämpfer im Irak<sup>167</sup> und vergisst einen anderen Kernsatz: Si vis bellum, para post bellum (Wenn Du den Krieg willst, plane für den Nachkrieg) – der hat sich einfach nicht genügend vorbereitet, der hat zu wenige und vor allem die falschen Soldaten, die kaum über die erforderliche Empathie und fachliche Ausbildung verfügen, um die drängenden Grundprobleme des befreiten Landes zu beheben (vor allem die Sicherheit im Alltag und die Energieversorgung).<sup>168</sup>

Die Idee von der groß angelegten, revolutionär klingenden demokratischen Transformation des „Greater Middle East“ als offizielle US-Strategie hat sich bereits überlebt; im erfolgsorientierten Washington ist sie inzwischen zurechtgestutzt worden.<sup>169</sup> Dieser Weg war auch dieses Mal falsch, und auch dieses Mal einer Demokratie unwürdig: Ein gewollter (kein aufgezwungener!) Waffengang am Beginn einer Demokratisierung, das erinnert an das widersprüchliche Prinzip „making the world safe for democracy“ durch Gewalt, um den Krieg gegen den Terrorismus für immer zu beenden. Die mächtigste Demokratie der Welt hat sich bei der blutig umgesetzten Demokratisierungsidee selbst völlig diskreditiert.<sup>170</sup> Vielleicht hat auch die Idee selbst Schaden genommen, auf jeden Fall werden die reformunwilligen autoritären Regime das Exempel Irak für die von ihnen favorisierte „Friedhofsruhe“ zu nutzen wissen. Wenn überhaupt, dann gelingt ein solcher Reformprozess nur, wenn die Werte der Demokratie mit ihren Methoden übereinstimmen.

166 Hier steht der „empirische Härtetest“, der auch ein Licht auf die (in 5.3 erörterte) Rangfolge der Kriegsgründe werfen dürfte, noch aus. Wolfowitz hat hierzu, ohne jedoch die Kontrollfrage unmissverständlich zu kommentieren, lediglich angemerkt: „We (offenbar die Bush-Administration, B.W.K.) want the oil resources of Iraq (...) to go to Iraq’s development.“ (Goldberg-Interview, a.a.O. [Anm. 4].)

167 Siehe hierzu United States Department of Defense, Prepared Statement, a.a.O. [Anm. 164]; siehe auch The New York Times, 23. Juni 2004; International Herald Tribune, 17. September 2004.

168 Vor diesem Hintergrund ist zu bezweifeln, dass Wolfowitz an seinem Vorkriegs-Statement festhält: „(...) I’d love to have the opportunity to deal with the risks of an Iraq without Saddam Hussein.“ (United States Department of Defense, Deputy Secretary of Defense Wolfowitz Interview with Indonesian And Australian Journalists, 21. November 2002 [Typoskript]; siehe auch New York Times, 23. Juni 2004.)

169 Welt am Sonntag, 6. Juni 2004.

170 Dies widerspricht völlig Wolfowitz’ Absicht, das schlechte Image der USA zu verbessern, das aufgrund der UN-Sanktionspolitik Schaden genommen hatte.

### 6.3 Die Neokonservativen und ihre außenpolitischen Vorstellungen als Teil der transatlantischen Tagesordnung

Wie in der Einleitung erwähnt, personifizieren Paul Wolfowitz und sein außenpolitisches Weltbild auf amerikanischer Seite in Extremform jene Dimensionen, die den transatlantischen Konflikt ausmachen und die der Irakkrieg noch verstärkt hat, also unterschiedliche Positionen a) zum Selbstverständnis der USA bzw. zur Identität des Westens als einer Gemeinschaft demokratischer Staaten; b) zur Präferenz der bevorzugten politischen und/oder militärischen Instrumente gegenüber anderen Zielstaaten, seien sie Demokratien oder sich demokratisierende Staaten und nicht-demokratische Länder; und c) zur vorrangig unilateralen oder primär multilateral-kooperativen Implementation der außen- und weltordnungspolitischen Zielvorstellungen.<sup>171</sup> Ohne im Rahmen dieser Studie auf die entsprechenden Positionen der meisten Deutschen und vieler Europäer eingehen zu können, sind die Divergenzen unübersehbar. Auch in diesem Report klingt das vielfach an. Die Neokonservativen, davon ist auszugehen, bleiben allein wegen ihrer (in Kapitel 1) angesprochenen Vernetzung mit den christlichen Fundamentalisten ein wichtiger Machtfaktor – selbst wenn sie u.a. angesichts der (in 6.2) aufgezeigten Probleme im Irak ihren Höhepunkt an Macht und Einfluss bereits überschritten haben sollten<sup>172</sup> und wenn Präsident Bush nicht wieder gewählt würde.

Die gravierenden Unterschiede werfen im Hinblick auf eine Bestandsaufnahme und auf die Perspektiven der US-deutschen/europäischen Beziehungen die Frage auf: Vollziehen sich die gegenwärtigen Kontroversen mit ihrem Höhepunkt um den Irakkrieg noch innerhalb der „transatlantischen Familie“ der demokratischen OECD-Länder? Diese Grundsatzfrage weist nicht nur auf die derzeitigen US-europäischen Turbulenzen hin, sondern auch auf das Kernproblem: ob sich die Vereinigten Staaten und ihre wichtigsten Verbündeten wie Frankreich und Deutschland noch auf der gleichen Basis vor allem von gemeinsamen Werten bewegen.

Gewiss, Krisen sind immer Teil des „Transatlantischen Projektes“ gewesen und sind im großen und ganzen zufriedenstellend zwischen der demokratischen Hegemonialmacht USA und ihren schwächeren, verbündeten Demokratien diesseits des Atlantiks gemeistert

171 Die Literatur hat sich hauptsächlich mit den letzten beiden Aspekte befasst, während für den unten entwickelten Vorschlag eines kombinierten Projekts von Studiengruppe und Konferenzzyklus die erste Dimension im Vordergrund stehen würde. Für viele: Matthias Dembinski, Ein Sturm im Wasserglas? Deutsche Außenpolitik im Zeichen transatlantischer und europäischer Verwerfungen, HSFK-Report 12/2003, Frankfurt/M. (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) 2003; Gert Krell, Arrogance of Power – Arrogance of Impotence. The Iraq Conflict, US “Weltpolitik”, and Transatlantic Relations, PRIF Reports No. 67, Frankfurt/M. (Peace Research Institute Frankfurt) 2003; Klaus Larres, Mutual Incomprehension: U.S.-German Value Gaps beyond Iraq, in: Washington Quarterly, Jg. 26, Nr. 2, 2003, S. 23-42; Harald Müller, Das transatlantische Risiko. Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B3-4/2004, S. 7-17; Thomas Risse, Beyond Iraq: The Crisis of the Transatlantic Security Community, in: Die Friedens-Warte, Band 78, Heft 2-3, 2003, S. 173-193; ders., Die neue Weltordnung: Amerikanische Hypermacht – europäische Ohnmacht?; in: WeltTrends, Nr. 39, 2003, S. 110-119.

172 Hierzu allzu optimistisch: G. John Ikenberry, The End of the Neo-Conservative Moment; in: Survival, Jg. 46, Nr. 1, 2004, S. 7-22.

worden. Das fundamentale Problem, ob es noch eine gemeinsame transatlantische Werte-Grundlage gibt, ist indes neu. Es sollte Anlass zur Sorge, aber auch zur intensiven Suche nach praktikablen Lösungsmöglichkeiten geben. Dabei – so meine erste Grundannahme – ist die unübersehbare amerikanisch-europäische Kluft nicht so tief, dass sie sich nicht überbrücken ließe; das schließt auch die Neokonservativen mit ein. Meine zweite Prämisse ist, dass die Verbesserung insbesondere des deutsch-amerikanischen Verhältnisses als ein Eckstein politischer Stabilität derzeit nicht nur durch „technical fixes“ im Rahmen einer „business-as-usual-Politik“ bewerkstelligt werden kann. Auf dem Spiel steht vielmehr die Neudefinition und Modernisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen als Teil der Bemühungen, die gesamte Welt des demokratischen Westens angesichts gravierender sicherheitspolitischer Herausforderungen neu zu justieren. Gemeint sind hier die in dieser Studie angesprochenen Gefahren wie der Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln sowie die Initiierung von Reformprozessen im Nahen/Mittleren Osten und in der Region des Persischen Golfes.

Auf deutscher Seite misst vor allem Bundesaußenminister Joschka Fischer dieser konzeptionellen Herausforderung eine zentrale Bedeutung bei. Er hat innerhalb einer umfassenden „Rekonstruktion des Westens“ die „transatlantische Neudefinition“ zu Recht als „Chance für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert“ bezeichnet. Der Außenminister hat ferner hervorgehoben, dass die Staaten diesseits des Atlantiks mit einer solchen Neudefinition die Konsequenzen aus dem 11. September zögen, denn die Rekonstruktion des Westens sei entscheidend, um die „Gefahr des neuen Terrorismus“ zu überwinden.<sup>173</sup>

Alle diese Probleme lassen sich – und auch dies zwingt zur Zusammenarbeit – nur gemeinsam mit allen Akteuren des gesamten politischen Spektrums in beiden Ländern lösen. Die transatlantische Herkules-Aufgabe der Rekonstruktion des Westens verlangt vielerlei parallele Anstrengungen, die sich mit dem folgenden „transatlantischen Paradoxon“ konfrontiert sehen: In der Diskussion wird einerseits regelmäßig die Wertegemeinschaft beschworen; andererseits werden aber die Werte, um die es geht, selten substantiell definiert, konkretisiert und auf ihre Tragfähigkeit abgeklopft. Um dieses grundsätzliche Defizit zu beheben, aber auch, um die benannten fundamentalen transatlantischen Probleme konstruktiv anzugehen, bedarf es eines kommunikativen Prozesses der Selbstvergewisserung und Selbstverständigung – auch und gerade mit den Neokonservativen in den USA.

Hierzu ist zunächst anzumerken, dass ein solcher Prozess auf allen Ebenen der Politik stattfinden muss – also sowohl zwischen Spitzenpolitikern als auch unter Fachleuten außerhalb der Regierungen. Die hiermit verbundenen Vorschläge sind in der Regel wenig konkret und haben daher oft wenig Substanz. Sie geben auch keine Antwort auf die Frage, die sich geradezu zwingend aus dieser Studie ergibt: Wie können wir konstruktiv mit den Neokonservativen in den USA inner- und außerhalb der Administrationen umgehen?

Der im Folgenden skizzierte Vorschlag versucht die angesprochenen Defizite zu vermindern und diese Frage gleichzeitig zu beantworten. Er zielt auf die Einrichtung einer

173 Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 6. März 2004.

gemeinsamen interdisziplinären wie generationenübergreifenden Studiengruppe ab, wie sie der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, auf der HSFK-Jahreskonferenz Anfang 2004 in Berlin angeregt hat.<sup>174</sup>

Der Minister schlug ein kombiniertes Studiengruppen- und Konferenzprojekt vor, deren Mitglieder im Sinne einer Spurensuche nach dem gemeinsamen Erbe der Aufklärung und nach den Weichenstellungen fragen, die zu den kontroversen Deutungen und Politikentwürfen (herausragendes Beispiel: Irak) geführt haben. Transatlantische Studiengruppen gibt es zuhauf. Sie gehen allerdings meistens von der Bedeutung der Interessen<sup>175</sup> und Institutionen<sup>176</sup> für die transatlantische Gemeinschaft aus. Ohne deren Relevanz bestreiten zu wollen, besteht das Innovative am Vorschlag von Minister Corts darin, dass er auf konkrete (und damit handhabbare Weise) den Schwerpunkt auf die gemeinsamen Ideen und die mit ihnen verbundenen Werte legt – und damit auf die politische Kultur in den USA und in Deutschland.

Die gemeinsame transatlantische Grundlage, insbesondere die zu konkretisierenden Werte des demokratischen Westens, ist nach wie vor tragfähig – *vorausgesetzt*, es gelingt überzeugend, die Werte, die die Länder der demokratischen OECD-Welt zusammenhalten, freizulegen und stärker für eine koordinierte Außenpolitik zwischen Washington und Berlin in zentralen Bereichen furchtbar zu machen. In der transatlantischen Diskussion werden dieser gemeinsame „Bodensatz“ und die damit verbundenen Chancen gerade für die praktische Politik zu wenig bewusst gemacht. Ein repräsentatives Beispiel hierfür ist der neokonservative Francis Fukuyama, der über die Gemeinsamkeiten in einem Nebensatz hinweggeht, um dann äußerst ausführlich auf die US-europäischen Differenzen einzugehen: „Die Auseinandersetzung dreht sich zwar nicht um die Grundsätze der liberalen Demokratie, die beide Seiten teilen, sondern um die Frage, wo die letztendliche Quelle der Legitimität der liberalen Demokratien für den Einsatz von Gewalt liegt.“<sup>177</sup>

Ein gemeinsames historisches Rückblicken und ein gegenseitiges Verständnis tragen, wie bereits einleitend erwähnt, nicht automatisch dazu bei, gravierende Unterschiede zu beseitigen. Wohl aber können sie neue Spielräume für mögliche Kompromisse oder gar Gemeinsamkeiten eröffnen – etwa für die die in diesem Report angesprochenen Problembereiche.

174 Udo Corts, Fünf Überlegungen zur Macht der USA und ein Vorschlag im Zeichen von Kants 200. Todestag, in: Bernd W. Kubbig, Martina Glebocki, Alexander Wicker, Rachel Adam (Hg.), Differenzen gemeinsam ausmachen – Gemeinsamkeiten ausloten. Bericht und Dokumentation der HSFK-Jahreskonferenz 2004, Frankfurt/M. (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) 2004, S. 87f.

175 Siehe vor allem Centrum für angewandte Politikforschung, Die Zukunft der Transatlantischen Beziehungen, <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/transatlantik.htm> [29.7.2003]; dass., USA-EU: Strategieempfehlungen für ein neues globales Bündnis, 28. Juli 2003, [http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003\\_07\\_transatlantic.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003_07_transatlantic.htm) [29.7.2003].

176 Siehe Dembinski, Sturm im Wasserglas?, a.a.O. (Anm. 171).

177 Francis Fukuyama, Has History Restarted Since September 11? The Nineteenth Annual John Bonython Lecture, Melbourne, 2. August 2002, <http://www.cis.org.au/Events/JBL/JBL02.htm> [3.5.2004], Hervorhebung von mir.

Bei diesem Versuch, nicht nur Differenzen gemeinsam auszumachen, sondern gerade auch Lösungen gemeinsam auszuloten, käme – wie am Beispiel Wolfowitz bereits exemplarisch durchgeführt – der geschichtlichen Dimension eine besondere Bedeutung zu. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sollten nicht nur identifiziert, sondern es sollten auch ihre Ursachen aufgedeckt und in ihrem historischen Kontext *verstanden* werden. Dies liefe darauf hinaus, die ideellen Quellen der handlungsanleitenden Weltbilder bei den führenden Politikern in Washington und in Berlin aufzuzeigen.

Die Aufgabe der Studiengruppe wäre es auch, Reformvorschläge zu entwickeln, die die „große Politik“ erfolgversprechend auf den Weg bringt, und zwar ohne – und ganz im Sinne von Paul Wolfowitz<sup>178</sup> – zu einer „business as usual“-Haltung zurückzukehren (sie scheint bedauerlicherweise bereits wieder Oberhand zu gewinnen, wenn man die Vereinbarungen des letzten G8-Gipfels<sup>179</sup> und des NATO-Spitzen Treffens in Istanbul<sup>180</sup> nimmt).

Paul Wolfowitz äußerte im September 2003, der Rest der Welt „braucht uns“, die USA, denn: „Wir sind wichtig für die Welt. Wir sind wichtig, denke ich, für den Schutz von Demokratie und Freiheit in der Welt.“<sup>181</sup> Das ist sicherlich die eine Seite der transatlantischen Medaille. Die andere ist – und vielleicht wird dies inzwischen selbst dem stellvertretenden Chef des Pentagon bewusst –, dass die USA die Welt ebenfalls brauchen. Selbst in dieser republikanischen Administration werden die Stimmen jener lauter, die nicht auf den revolutionären Export amerikanischer/westlicher Demokratiekonzepte dringen. Sie plädieren vielmehr für eine Modernisierungspolitik der kleinen Schritte, etwa im Handelsbereich (Stichwort: Freihandelszone). Hier gibt es nicht nur Anknüpfungspunkte an die von Außenminister Powell vorgestellten Initiativen für den Nahen Osten,<sup>182</sup> sondern auch an die reformorientierten Modernisierungsvorstellungen von Außenminister Fischer.<sup>183</sup> Beide gleich ernst zu nehmen wäre politisch viel versprechend und zukunftsweisend. Denn auf diese Weise würde sich die transatlantische Dimension mit einer stärkeren Rolle des europäischen Pfeilers im Rahmen einer umfassenden Anti-Terrorstrategie verbinden.

Mein Versuch, Wolfowitz' Welt zu verstehen und verständlich zu machen, wäre im Sinne der angestrebten gemeinsamen transatlantischen Spurensuche in einem handhabbaren Rahmen als ein erster Schritt zu sehen. Angesichts der drängenden Probleme gibt es zu den Bemühungen, transatlantische Gemeinsamkeiten im Großen wie im Kleinen projektbezogen neu zu stiften, keine Alternative.

178 Siehe Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

179 Siehe Frankfurter Rundschau, International Herald Tribune und Süddeutsche Zeitung, jeweils 11. Juni 2004.

180 Siehe Süddeutsche Zeitung, 26/27. Juni 2004.

181 Goldberg-Interview, a.a.O. (Anm. 4).

182 Siehe Bernd W. Kubbig, U.S. Policy in the Persian Gulf after the War against Iraq: Continuity and New Elements – Promise and Peril, Paper to be Presented at the 14th IPIS International Conference on the Persian Gulf “Persian Gulf: Regional Developments in the Aftermath of Iraq Occupation”, Teheran, 17./18. Februar 2004, <http://www.hsfk.de/abm/forum>.

183 Siehe hierzu die Rede von Bundesaußenminister Fischer auf der 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 7. Februar 2004, [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse\\_archiv?archiv\\_id=5340](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=5340) [18.8.2004].